Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 3 Juli/August 1936 Nummer 34/35

Der spanische Freiheitskampf

Von Willi Müller.

Sechs Wochen nach dem Ausbruch des Militäraufstandes in Spanien ist die Entscheidung noch nicht gefallen. Aus dem Offiziersputsch entwickelte sich ein konterrevolutionärer Krieg, aus der Abwehr der Meuterei eine große demokratische Revolution von weltgeschichtlicher Bedeutung. Der Ausgang des Kampfes wird nicht nur über Fortschritt und Rückschritt in Spanien entscheiden, es geht um eine der wichtigsten, vielleicht um die wichtigste Vorentscheidung der kommenden Auseinandersetzungen Europas und der Welt. Noch ist es unmöglich, mehr als eine Zwischenbilanz zu geben. Noch ist es zu früh, zu jubeln. Aber nach diesen sechs Wochen, in denen sich die Abwehr der faschistischen Intervention zu einer revolutionären demokratischen Verteidigung von gewaltiger Kraft steigern konnte, ist doch ein vorläufiges Urteil möglich.

Auslösung, Führung und Ziel des reaktionären Aufstandes zeigen gleichermaßen seinen Charakter. Es ist ein Glied in der Kette der Interventionen der aggressiven, friedensstörenden, faschistischen, imperialistischen Mächte von heute. Was der reaktionäre japanische Imperialismus in der Mandschurei unternimmt, was der italienische Faschismus in Abessinien erreichte, das versuchen deutscher und italienischer Faschismus, trotz ihrer gegensätzlichen Interessen vorübergehend vereint, mit der Anzettelung des Putsches des Generals Franco. Erweiterung der italienischen Positionen im Mittelmeer, Einflußnahme auf den nordafrikanischen Landstreifen, der die französischen Verbindungen nach Afrika gefährdet, Schaffung einer Gegenposition gegen die englische Gibraltarfestung, Schaffung von Stützpunkten für den deutschen Weg nach Westafrika auf den Balearen, Wiedereinschaltung in Tanger: alles dies kennzeichnet die deutsch-italienische Einmischung als eine zielbewußte Vorbereitung der Auseinandersetzungen um den schwarzen Erdteil. Was bisher über die Vorbereitung dieser Seite der Intervention bekannt geworden ist, beweist eine jahrelange, systematische Vorbereitung im Ausbau der Stellungen durch das Dritte Reich. Das gefügige Werkzeug sollte der spanische Faschismus sein. Das gleiche Dritte Reich, das über portugiesische Kolonien diskutiert, als ob es keine portugiesischen Besitzer gäbe, hat die Häfen Portugals von der militärischen Clique, die das Land diktatorisch regiert, noch nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges offen gefunden. Deutscher und italienischer Faschismus wissen gleichermaßen, daß ein im Bürgerkrieg siegreicher spanischer Faschismus um so weniger Widerstand für die gemeinsamen Aspirationen in Afrika leisten würde, je mehr sein Sieg durch die aktive Hilfe der faschistischen Mächte gefördert worden ist. Ein faschistisches Spanien, eine von Rom und Berlin vasallenmäßig abhängige faschistische Generalsregierung in Madrid, das würde auch die wirksamste Bedrohung der französischen Demokratie

im Rücken bedeuten. Zu einem Zeitpunkt, als die demokratischen Kraftzentren in der inneren Auseinandersetzung des Landes nach dem Volksfrontwahlsieg die Oberhand zu gewinnen drohten, galt es, zuzuschlagen und den Kampf in Spanien selbst mit den Mitteln zu entscheiden, die der Bürgerkrieg seither vor der ganzen Welt sichtbar gemacht hat. Die Rassenverbesserer in Berlin scheuen sich nicht, marokkanische Schwarze zu bewaffnen und zur Abschlachtung der weißen demokratischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen Spaniens hinzuführen. Die nationalsozialistische »Ordnungs«gewalt, die sich Europa anbietet, scheut sich nicht, ein Land, das nach jahrhundertelanger Ausbeutung und Unterdrückung durch die reaktionärste Herrenklasse sich zu befreien beginnt, in ein Chaos ohnegleichen zu stürzen, sie scheut sich nicht, mit den reaktionären und degenerierten Grundbesitzern, mit Spekulanten vom Typus des Juan March und mit der mittelalterlichen Offiziersmeute zu paktieren. Der »kulturkämpferische« Faschismus verbindet sich mit dem Vatikan und der jesuitischen Hierarchie, um seine Ziele zu erreichen. Die wachsende militante Verteidigungskraft der europäischen Demokratie, wo sie der faschistischen Welle Widerstand geboten hat, drohte mehr und mehr einen europäischen Verteidigungswall gegen den Faschismus aufzuwerfen; — deshalb sollte die spanische Demokratie niedergeworfen, die stärkste Kraft ihrer Verteidigung, die spanische Arbeiterklasse, gebrochen, ihre Organisationen ausgerottet, ihre Bewegungsfreiheit vernichtet werden.

Jedoch hat der Faschismus augenscheinlich seine Kraft überschätzt. Schon die ersten Wochen des Kampfes zeigen, daß die spanische Arbeiterklasse, daß ihre Verbündeten sich als stärker erweisen als die faschistischen Interventionisten sie eingeschätzt hatten. Würden die spanischen Freiheitskämpfe mit einem Siege oder auch nur mit einem Teilerfolg enden, so würde das nicht bedeuten, daß die nationale Reaktion und der spanische Faschismus für immer niedergeworfen wären. Es würde aber bedeuten, daß dem europäischen Faschismus in seinem Interventionismus eine Schranke gesetzt wurde, die nicht ohne bedeutsame Rückwirkungen auf die Festigkeit seiner Herrschaft bleiben kann, dort, wo er noch am Ruder ist. Die internationale Koalition der demokratischen fortschrittlichen Kräfte würde verstärkt werden. Könnte sie auch dann noch in Europa nicht den Frieden garantieren, so wäre doch weiteren abenteuerlichen Provokationen eine Schranke gesetzt, wäre Zeit, wären vielleicht Monate und Jahre gewonnen, in denen der erfolgreiche sowjetrussische Aufbau sich fortsetzen kann, in denen in Frankreich, in Spanien, in den demokratischen kleineren Ländern die sozialistische Arbeiterbewegung ihre Machtstellungen erweitern und die fortschrittlichste Form der Bündnisfront entwickeln könnte. Für die dennoch unvermeidliche Auseinandersetzung in Europa bestände die Möglichkeit, daß der Krieg den Charakter eines Befreiungskrieges gegen die faschistischen Diktaturen annähme. Ueber alles dies entscheiden heute die spanischen Kämpfe.

In der Periode der Vorfeldkämpfe des kommenden Krieges ist der faschistische Interventionismus zweimal auf erhebliche Schranken gestoßen. Ende des Jahres 1935 an den Grenzen der Mongolei: damals, als die Führung der Sowjetunion erklärte, bis hierher und nicht weiter; jetzt in Spanien, als die spanische Volksfrontregierung sich nicht überrumpeln ließ und gegen die vereinigten reaktionären Interessen der europäischen Herrenklasse und gegen die aktive Unterstützung der italienisch-deutschen Intervention den Kampf aufgenommen hat. Es ist in beiden

Fällen die Arbeiterklasse, die sich als der den faschistischen Interventionismus bekämpfende Faktor erwiesen hat. In der Sowjetunion in Gestalt der bewaffneten Macht des russischen Arbeiterstaates, der den japanischen Faschismus in seine Grenzen verwiesen hat. In Spanien in der Gestalt der nationalen Verteidigung der Arbeiter im Verein mit den fortschrittlichen bürgerlichen Kräften. Die bürgerlich-demokratische Völkerbunds-Koalition gegen den italienischen Vorstoß in Abessinien erwies sich als ohnmächtig; durch ihre Widersprüche und Interessenkonflikte gespalten, unterlag sie der faschistisch italienischen Kraftentfaltung. Dort aber, wo die Arbeiterklasse zu entscheiden oder mitzuentscheiden hatte, waren die demokratisch radikalen Kräfte die stärkeren. Wenn in Spanien die wichtigste Vorentscheidung für eine kommende Auseinandersetzung fällt, so würde ihr siegreicher Ausgang für die spanische radikale Demokratie auch beweisen, daß die proletarischen Kräfte Europas im gegenwärtigen Zeitalter der entscheidende Faktor geworden sind. Seit der Januarniederlage in Deutschland war diese Selbstverständlichkeit Millionen Menschen und Millionen Anhängern der sozialistischen Arbeiterbewegung zweifelhaft geworden. Siegt die spanische Volksfront, so ist eine entscheidende Wendung da. Vom österreichischen Aufstand über die Kämpfe in Asturien zur französischen Volksfront und zum spanischen Wahlsieg bereitete sich diese Wendung vor. Gegenwärtig wird entschieden, ob die Umgruppierung bereits die Kraft gewonnen hat, einem vereinten Angriff der internationalen faschistischen Mächte zu widerstehen.

*

Die wichtigste Lehre dabei ist die Erkenntnis, daß der Weg zu diesem Siege einer neuen Politik der Arbeiterorganisationen zu verdanken ist. Wir sind keine blinden Bewunderer der französischen oder der spanischen Volksfront. In ihrer Zaghaftigkeit, ihren Halbheiten und Schwächen tauchen auch heute noch die Fehler der europäischen Arbeiterpolitik der Nachkriegsperiode auf, die zur Vernichtung der italienischen und deutschen sozialistischen Positionen geführt haben. Aber seither hat die Bewegung gelernt, wenn sie auch noch nicht genug gelernt hat. In Spanien haben wenige Wochen um Meilenschritte vorwärts geführt. Schon die teilweise Aufgabe des Kampfes der Arbeiterorganisationen untereinander, schon die teilweise Ausnutzung demokratischer Freiheiten und demokratischer Rechte, bei erweiterter Einsicht in die ständige Bedrohung dieser Freiheiten und Rechte, wenn sie nicht durch einen aktiven Machtkampf gesichert und durch radikale Eingriffe in die gegnerischen Positionen gehalten werden, hat in Spanien dazu geführt, daß das demokratische Bündnis der Arbeiterorganisationen mit fortschrittlichen bürgerlichen Gruppen sich bis zum Aufstand schlecht und recht erhalten hat. Es war keine ideale Volksfront, die es vor dem 18. Juli gab. Der Konkurrenzkampf der Arbeiterorganisationen war gemildert aber nicht aufgehoben. Schwächliche Interessenvertretung der Arbeiter auf der einen Seite und Zersplitterung der Arbeiterkräfte durch individuelle Aktionen und anarchistische Aktivität auf der anderen Seite schwächten den Arbeiterflügel der Volksfront. Sein Druck war ungenügend und gestattete die Schwankungen der starken bürgerlichen Partner in der Volksfrontregierung. So konnte das sichtbare Heranreifen einer reaktionären Konzentration nicht unterbrochen werden. Weder die Demokratisierung der Armee noch die Durchführung der notwendigen radikalen Reformen des Wahlprogramms kam vom Flecke. Als die Unruhe der Volksmassen und auch ihre Enttäuschung stiegen und Spanien von einer Welle von

lokalen Auseinandersetzungen überflutet wurde, wuchs am anderen Pole der Gesellschaft die faschistische Konzentration. Die Ermordung von Führern der Volksfrontmilizen, die frecher werdenden Demonstrationen der Ceda-Leute, die ungenierte Konzentration der Generäle schuf eine Spannung, in der der Zusammenhang der Volksfront aufs äußerste bedroht erschien. Erst, als das Pronunciamento der Generäle erfolgte, erst, als der Aufstand der Armee, von den deutschen und italienischen Hintermännern angetrieben, losbrach, änderte sich die Lage mit einem Schlage. In der nackten Selbstverteidigung reorganisierte sich die Volksfront und sie gewann die Kraft zur Abwehr. Sie entfaltete die Abwehr zu einer revolutionären demokratischen Defensive, die zur größten Entfaltung revolutionärer Kräfte seit den Oktobertagen 1917 in Europa geführt hat. Der sichtbar gewordene Feind hat über Nacht auch die Kraft der Abwehr gesteigert und zusammengeführt.

*

Es ist noch nicht an der Zeit, die Geschichte der demokratischen Verteidigung Spaniens zu geben. Aber heute schon ist es an der Zeit, festzuhalten, daß ohne die Volksfront der Aufstand gesiegt hätte, daß ohne die Bewaffnung der Massen die bürgerliche Exekutive in der spanischen Republik in den ersten Stunden vernichtet worden wäre. In zahlreichen Großstädten übernahm die Offiziersjunta die Macht. In den ersten Stunden griff sie nach der Macht auch in den Hauptstädten. Sie wurde niedergeschlagen durch die Bewaffnung und die heroische Abwehr der Arbeiter. Die Regierung versuchte, überrumpelt durch den Aufstand, eine Versöhnungsaktion, eine Rechtsumbildung, als die Generäle bereits die Truppen auch von Madrid und Barcelona zu ihrer Absetzung in den Kasernen bereit stellten. Eine bewaffnete Arbeiterdemonstration erzwang die Wendung. In Madrid und in Barcelona hing in den ersten Stunden das Schicksal aller kommenden Entscheidungen davon ab, daß die ausmarschierten Regimenter, die Madrid und Barcelona, wie Sevilla oder Saragossa, in die Hände der Offiziersbanden bringen sollten, von den treu gebliebenen, aber unsicheren Sturmabteilungen der Guarda civil und den Arbeitermilizen besiegt wurden. Sie wurden besiegt, die Arbeiter gaben den Ausschlag. Noch einige Tage nach der Sicherung des Sieges in Barcelona mußten die »treu gebliebenen« höheren Offiziere der Sturmgarde abgesetzt werden. Noch eine Woche nach dem Aufstand, nachdem bereits die aufständischen Regimenter in den Hauptstädten vernichtet waren, gingen die obersten Generalsmitglieder der militärischen Konspiration frei in den Straßen von Madrid und Barcelona herum. Es dauerte Tage, bis die neue Exekutive, gebildet aus den treuen Truppen und Arbeiterregimentern, die Umgebung der Hauptstädte sicherte, den Verteidigungsring bis zur Sierra Guadarrama bis Saragossa im Norden und bis Toledo im Süden gezogen hatte. Alle Berichte über diese Kämpfe stimmen darin überein, daß die entscheidende Kraft der Verteidigung die Arbeiter waren, daß ihr heroischer Widerstand, ihr Einsatz, ihre Tapferkeit das demokratische Spanien gerettet haben.

In den weiteren Wochen erwies sich jedoch, daß der erbitterten Intervention des internationalen Faschismus und der militärisch technischen Ueberlegenheit der aufständischen Truppen die neu gebildeten revolutionären militärischen Kräfte nicht gewachsen waren. Wäre der Transport der afrikanischen Söldnerarmee in rascherem Tempo und in größerem

Umfange gelungen, hätten nicht die Matrosen der wichtigsten Schlachtschiffe gegen die Marineoffiziere gemeutert, die sich dem Aufstand anschließen wollten, so wäre vielleicht trotz der Rettung der Zentren vor der Ueberrumplung die demokratische Verteidigung erstickt worden. Es waren wieder die proletarischen Elemente der Flotte, die den Ausschlag gaben. Die Überlegenheit des ideologischen Faktors der reaktionären Kräfte, der selbst die natürlichen Verbündeten der spanischen Demokratie lahmsetzt, ist ein anderer Ausdruck für die noch bestehende Uebermacht der reaktionären Gesellschaftskräfte im heutigen europäischen System. Ein Opfer dieser Uebermacht ist auch die französische Regierung geworden, die sich dem Druck ihres bürgerlichen Flügels fügen mußte und faktisch in den ersten entscheidenden Wochen eine aktive Hilfe für die legale, durch die faschistischen Banden bedrohte Regierung unterlassen mußte. Es wird erst später möglich sein, genauer zu beurteilen, wieweit die diplomatische Offensive der französischen Regierung eine gewisse Hemmung der offenen faschistischen Intervention mit sich brachte, ob dieses Kräfteverhältnis auch eine gewisse moralische und reale Unterstützung der spanischen Linksfront ergab. Auf jeden Fall war die demokratische Verteidigung vom ersten Tage an auf sich, nur auf die eigene Kraft der fortschrittlichen Gesellschaftsteile Spaniens angewiesen. Ohne die spanischen Arbeiter, ohne die aktive revolutionäre Unterstützung des spanischen Sozialismus aller Richtungen, wäre die spanische Demokratie sofort verloren gewesen.

Heute kann gesagt werden, daß nur noch die internationale Intervention die Entscheidung zu Ungunsten der radikalen Demokratie herbeiführen kann. Diese Gefahr ist immer noch drohend. Es ist deshalb noch verfrüht, bereits die Lehren aus der technischen und militärischen Organisation der demokratischen Verteidigung zu ziehen. Große bürgerlich demokratische Schichten, keinesfalls geschworene Faschistenfreunde, sind noch mehr als über die angeblichen Greuel des spanischen Antifaschismus über dessen »sozialistische« Aktivität erschüttert. Die Fabrikenbeschlagnahme, die Kontrolle der Wirtschaft, die Enteignung sabotierender Industrien, die Eingriffe in den geheiligten Besitz der Grundherren im Bürgerkriegsgebiet: alles das erscheint als drohender »Bolschewismus«. Aber ohne diese Kontrolle der Produktion und ohne die Eingriffe, die die Versorgung der demokratischen Armee und der Städte, die die Stützpunkte der Armee sind, sicherstellen, sind die mordenden Generäle nicht niederzuwerfen. Es ist während des Kampfes auch müßig, wie das von mancher sozialistischen Sekte geschieht, die kämpfende Front mit Vorschlägen über entschlossenere Maßnahmen, die nötig wären, zu beglücken. Eine revolutionär-demokratische Verteidigung entwickelt sich nach eigenen Gesetzen, bestimmt durch die historische und gesellschaftliche Reife der fortschrittlichen und der reaktionären Kräfte des Landes, in dem sich diese Kräfte gegenüberstehen. Lehren wird man später ziehen können! Heute ist nötig zu helfen. Heute ist es nötig zu erkennen, daß im spanischen Bürgerkrieg der Befreiungskampf der unterdrückten Arbeiterklassen Europas in noch ganz unabsehbarem Umfange vorentschieden wird. Heute ist es nötig zu sehen, daß in Spanien um die Erhaltung des europäischen Friedens und des Weltfriedens gekämpft wird. Heute ist es nötig zu sehen, daß in Spanien dem Weltfaschismus eine entscheidende Schlacht geliefert wird. Berichte aus Italien und aus Deutschland besagen,

daß in den letzten Wochen mehr und mehr die Entpolitisierung der großen Massen durchbrochen wird. Das bestätigen Meldungen über einen Massenabsatz von Zeitungen mit spanischen Berichten in Italien. Das beweisen auch Meldungen über zunehmendes aktives Interesse an den spanischen Vorgängen in Deutschland, wo man bei den Schaukästen der Buchhandlungen, die spanische Landkarten ausgehängt haben, steht und die Phasen des wechselnden Kriegsgeschickes im Bürgerkrieg verfolgt, wo die engen Zirkel der illegalen sozialistischen Arbeiterorganisationen ermutigt werden. Die Lehre, die heute zu ziehen ist, ist die: jene neue Politik, die radikal demokratische, antifaschistische Koalition der Arbeiterorganisationen und fortschrittlichen bürgerlichen Kräfte, die man im Westen anzuwenden gelernt hat, kurz die Volksfrontpolitik in diesen Ländern, ist *heute der Weg zur Abwehr des Faschismus*. Der Volksfrontfaktor ist gegenwärtig der Hauptverbündete der Arbeiterbewegung der in den faschistischen Ländern unterdrückten Bewegung. Sein Sieg oder seine Niederlage entscheidet in bedeutendem Ausmaße über Verkürzung oder Verlängerung des eigenen Leidensweges. In die Vorbereitung der politischen Krise des Hitlerfaschismus und des Italiens Mussolinis wird entscheidend das Gewicht eines linken spanischen Sieges mit eingehen. Deshalb hat der spanische Freiheitskampf unsere leidenschaftlichste Anteilnahme.

Sturm über Palästina

Von **Kurt Stein (Haifa).**

Palästina, das bis vor kurzem noch als Insel der scheinbar ewigwährenden Prosperität im Ozean der Weltkrise galt, hat jäh sein Antlitz verändert. Die Hochkonjunktur, die seit der in den Jahren 1931—33 einsetzenden intensiven Umpumpung jüdischen Kapitals aus den Ländern der Krise und des akuten Antisemitismus herrschte, ist mit Beginn des italienisch-abessinischen Krieges und der Unsicherheit der politischen Verhältnisse im östlichen Mittelmeerbecken sozusagen »über Nacht« einer wirtschaftlichen Depression gewichen, die zahlreiche Krisentendenzen aufweisend sich besonders im relativ hochentwickelten jüdischen Wirtschaftssektor auswirkte. Neuerdings ist das Land obendrein zur Arena eines an Umfang, Schärfe, Auswirkungen und Opfern zunehmenden Guerillakrieges geworden. Generalstreik der Araber, weitgehende Lahmlegung des Verkehrs und des Wirtschaftslebens, Brandstiftungen und Bombenwürfe, Brückensprengungen und Eisenbahnattentate, zahlreiche Tote und Verhaftete — das ist das Bild des Palästina von heute.

Eine zutreffende Deutung der Ereignisse und Entwicklung kann nicht auf dem Wege einer a priori »*projüdischen*« oder »*proarabischen*« Stellungnahme gewonnen werden, weil dabei der dritte Faktor, der last not least an dem Kräftespiel in Palästina mitwirkt, der *englische Imperialismus*, außer acht gelassen wird. Es kommt auf die Untersuchung der Interessen, Rollen und Aspirationen aller am zionistisch-arabisch-britischen Dreieck wirkenden Kräfte an.

1. Die zionistische Bewegung.

> »Die Zahl der Juden in Erez Israel mußte im Laufe von einigen Jahren verfünfzehnfacht werden . . . Die Juden sind bereit, ohne jedes Schwanken die Partner Englands zu sein.«
>
> Ben Gurion 1936.

Der Z i o n i s m u s erkennt und würdigt nicht den sozialen Charakter der Judenfrage und ihre Wurzel. Ihre Lösung soll durch die territoriale Konzentration der Juden in Palästina erfolgen — »dem Volk ohne Land das Land ohne Volk« — und durch die Schaffung des Judenstaats, in dem die zionistischen Großbourgeois ihr Kapital (oder Teile dieses Kapitals) profit- und rententragend anlegen, das zionistische Kleinbürgertum seiner Deklassierung entgehen, die zionistische Arbeiterschaft ihre Einreihung in den Produktionsprozeß, die Hebung ihrer Lage durch soziale Reformen will und schließlich auch das Hineinwachsen in einen nebulosen »Sozialismus« erstrebt.

Bis zum letzten W e l t k r i e g ging der Hauptstrom der jüdischen Emigration aus den osteuropäischen Ländern nach Amerika. Der Zionismus hatte es trotz der damals schon investierten Riesenbeträge nur bis zu einer ganz bedeutungslosen Infiltration von Juden nach Palästina gebracht. Erst durch den Weltkrieg eröffneten sich dem Zionismus scheinbar große Perspektiven. 1917 erließ die englische Regierung, der es sowohl auf die Gewinnung der einflußreichen Kreise der jüdischen Hochfinanz in den USA wie auch an der vorsorglichen Sicherung Palästinas als Einflußsphäre für den britischen Imperialismus gelegen war, die später vom Völkerbund bestätigte Balfour-Deklaration, die den Juden zwar nicht die Etablierung Palästinas als »nationale Heimstätte«, wie es die Zionisten erreichen wollten, sondern die Errichtung eines »nationalen Heims in Palästina« zusicherte.

Seit 1 9 1 9 ist die jüdische Bevölkerung Palästinas von 55.000 (9% der Gesamtbevölkerung) bis auf 400.000 (30%) angewachsen. Es setzte ein von Krisen und Pogromen mehrmals unterbrochener, durch Kapitalinjektionen wieder belebter, äußerst intensiver Prozeß der kapitalistischen Erschließung des Landes ein. Es entstand eine zum Teil hochentwickelte moderne Industrie; die Handelssphäre hat sich enorm ausgeweitet, der jüdische Bodenbesitz hat sich vervielfacht (allerdings leben nur 14% der jüdischen Bevölkerung von der Landwirtschaft). Und trotz alledem wäre selbst bei einem noch so weitgehenden Ausbau des zionistischen Werks die Lösung der Judenfrage nicht zu bewirken.

Die Gesamtbodenfläche Palästinas westlich des Jordans beträgt 25.500 qkm, wovon 8600 qkm auf die Wüste im Süden entfallen. Die Bevölkerungsdichte im Lande hat nach der Volkszählung im Jahre 1931 (bei Abzug des Wüstengebiets mit seiner Beduinenbevölkerung) 64 pro qkm erreicht. Macht man die ganz willkürliche und auch auf weite Sicht irreale Annahme, daß es gelingen könnte, durch äußerste Intensivierung der Landwirtschaft, einschneidende agrarpolitische Maßnahmen (Agrarreform!), Kredite usw. sowie durch maximal forcierte Industrialisierung die Bevölkerungsdichte zu verdoppeln und so auf den Stand von Italien (124) zu bringen, so ergäbe sich eine Kapazität des Landes von 2,2 Millionen. Selbst wenn man ferner annimmt (was auch bei dem willkürlichsten Abstrahieren von der arabischen Bevölkerung und ihrem großen Geburtenüberschuß natürlich absolut unzulässig ist), dieses maximal bevölkerte Land würde dann nur von Juden bewohnt werden, so ließen sich — 1 2,5 % d e r A n z a h l d e r J u d e n i n d e r W e l t i n P a l ä s t i n a »unterbringen«. Reduziert man nun die angeführten Zahlen auf ein vernünftiges reales Verhältnis, so wird es restlos evident, wie utopisch die zionistische »Lösung« der Judenfrage ist.

Aus der Tatsache, daß das Gebiet Palästinas in den vom Mandat fixierten Grenzen keineswegs ausreicht, um eine im nennenswerten Ver-

hältnis zur Zahl der Juden in der Welt und zum Umfange der »Judennot« stehende Massenansiedlung von Juden zu ermöglichen, ziehen die konsequenten Zionisten den Schluß, das Mandat müsse revidiert und die Grenzen des Landes erweitert werden. Die faschistischen »*Revisionisten*« fordern die Schaffung des Judenstaats als »jüdisches Gemeinwesen zu beiden Seiten des Jordans, das auf der jüdischen Majorität im Lande festgegründet ruht«. Zur Verwirklichung dieses Ziels wird ein »energisches Kolonisationsregime« verlangt und für die Eroberung Transjordaniens — die Schaffung der jüdischen Legion, deren Stammbataillone die zentralistisch und nach dem Führerprinzip organisierten »Betar«-Sturmtrupps der Revisionisten darstellen sollen. Der *offizielle Zionismus*, der die Losung Großpalästinas — der Jordan Palästinas Strom, nicht Palästinas Grenze — nicht offen vertritt, erstrebt fürs erste die Schaffung einer jüdischen Mehrheit im Lande als Etappe für die weitere territoriale Expansion. Auch die *zionistisch-sozialistische Arbeiterpartei* — der stärkste organisatorische Faktor im Lande — hält unerbittlich an dieser Zielsetzung fest.

Vorderhand hat die *rapide Erschließung Palästinas* durch das jüdische Kapital im Laufe der letzten Jahre sehr große Fortschritte gemacht — im Zeichen des Aufbaus eines im wesentlichen abgekapselten jüdischen Wirtschaftssektors und des Boykotts arabischer Waren. Die dem IGB angeschlossene »Histadruth«, die 80.000 Mitglieder (über ein Fünftel der jüdischen Gesamtbevölkerung) umfassende Gewerkschaftsorganisation, hält hartnäckig an der Ablehnung der Aufnahme von arabischen Klassengenossen und der Schaffung gemeinsamer jüdisch-arabischer Gewerkschaften fest; sie kämpft hingegen für die »Eroberung der Arbeit«, d. h. um das »hundertprozentige« (!) Monopol der jüdischen Arbeiter auf die Arbeitsplätze, also die Verdrängung der arabischen Proletarier. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei (Sektion der Internationale) ist durch die innere Logik der Dinge gezwungen, jeden noch so zahmen Ansatz einer auch nur partiellen Agrarreform abzulehnen, weil dadurch der Bodenerwerb von den arabischen Latifundienbesitzern, der mit der Räumung des betreffenden Bodens durch die Fellahs und bisherigen Pächter verbunden ist, erschwert würde. Sie bekämpft entschieden jede noch so bescheidene Konzession der Mandatarmacht in der Richtung der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Bevölkerung (Legislative Council) — solange die Araber die Mehrheit der Bevölkerung bilden.

Da sie erkennen mußten, daß Palästina *nicht* das Land »ohne Volk« ist, daß die in den zionistischen Konzeptionen als quantité négligeable behandelten Araber sowohl vorhanden (rund 70% der Gesamtbevölkerung) als auch nicht gewillt sind, bei der Schaffung des Judenstaats in Palästina die Rolle der passiven Zuschauer und des Objekts zionistischer wirtschaftlicher und territorialer Expansion zu spielen, sind sich die Zionisten aller Schattierungen darüber im klaren, daß an die Fortsetzung ihres Werks nur unter der Voraussetzung gedacht werden kann, daß ihnen auch weiterhin Förderung und Schutz durch England zuteil wird. Sie pochen auf die Interessengemeinschaft mit dem britischen Imperialismus, dessen »Bundesgenossenschaft« sie reklamieren und sind enttäuscht, wenn sie immer wieder zu spüren bekommen, daß das Colonial Office sich ungleich weniger für die Erfüllung der Mission des ritterlichen Protektors des »Volks der Bibel« berufen fühlt (wie die Zionisten ihm zu suggerieren bemüht sind) als zur Wahrnehmung der ökonomischen und politischen Interessen der herrschenden Klasse des Empire.

2. Die arabische Nationalbewegung.

»Die Friedenskonferenz sollte über die Tatsache, daß das antizionistische Empfinden in Palästina und Syrien intensiv und nicht leicht zu nehmen ist, nicht hinwegsehen. Keiner von den britischen Offizieren, die von den Kommissaren zu Rate gezogen wurden, glaubte, daß sich das zionistische Programm anders als durch Waffengewalt durchführen ließe«, Woodrow Wilson, »Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles.«

Dem Zionismus, der auf die beschleunigte Umwandlung der jüdischen Minderheit in Palästina in die das Land beherrschende Nation von »Erez Israel« hinarbeitet, die sich auf eine exklusiv jüdische Wirtschaft stützt, steht der im Namen der Mehrheit der Bevölkerung auftretende arabische Nationalismus gegenüber.

Die panarabische Bewegung setzte schon im Rahmen der alten Türkei ein, geführt von bürgerlichen Intellektuellen, im Gegensatz zu den mit dem korrupten Satrapenregime verbündeten feudalen Schichten. 1905 proklamierte ein Kongreß syrischer Nationalisten das Ziel eines föderativen Zusammenschlusses aller arabischen Länder. Durch den Weltkrieg schien die Verwirklichung dieser Bestrebungen in die Nähe gerückt. Vier Gründe ließen es England damals zweckmäßig erscheinen, in der Rolle des aktiven Förderers der arabischen Unabhängigkeit aufzutreten: 1. die aus der unmittelbaren Kriegssituation heraus bedingte Notwendigkeit der Verteidigung des Suezkanals gegen den deutsch-türkischen Angriff; 2. die Erschließung des kürzesten Wegs nach Mossul (Oel!) und Indien; 3. die agitatorische Einwirkung auf die mohammedanische Welt, die es vom türkischerseits proklamierten »Heiligen Krieg« abzulenken galt; 4. die Rivalität nicht nur zwischen dem deutschen, sondern auch zwischen dem verbündeten französischen Imperialismus in bezug auf die Interessen im Vorderen Orient. Um die Beduinen für den Aufstand in der Wüste zu begeistern, ließ das »Arab Office« das Banner des großarabischen Reiches aufpflanzen.

1915 leitete Sir Mac Mahon, der englische Hochkommissar in Aegypten mit Hussein Ibn Ali, dem Sherifen von Mekka und Herrscher über Hedschas Verhandlungen über den Abfall der Araber von der Türkei ein. England verpflichtete sich zur »Bildung eines arabischen Reichs, das unabhängig sein soll im jeglichen Sinne des Wortes, unabhängig in seinen äußeren und inneren Verhältnissen und dessen Grenzen sein sollen im Osten der Persische Golf, im Westen das Rote Meer, die ägyptische Grenze und das Mittelmeer, im Norden die Nordgrenze des Wilajets von Aleppo usw.«. Zur gleichen Zeit nahm sich das Indian Office in Delhi, das die westliche Hälfte der arabischen Halbinsel bearbeitete, des Wahabitenführers und Emirs von Nedschd, Ibn Saud, an. Lawrence und Mr. Philby setzten mit ihrem Wirken unter den Arabern ein, das deren »höchste Ideale ausbeutete und ihre Freiheitswünsche zu einem bloßen Werkzeug in Englands Diensten machte«. (Lawrence). Sie hatten auf Befehl die Araber mit falschen Hoffnungen gefüttert. Das Spiel Englands glückte. Der von seinen Emissären inspirierte, organisierte und finanzierte Aufstand brach aus. Die Araber fielen der türkischen Palästinafront in den Rücken und rollten sie auf. November 1917 fiel Jerusalem, Ende 1918 zogen die Beduinen, geführt von Faisal, dem Sohne des Scheichs Hussein, und Lawrence in Damaskus ein. Nun wurde die großarabische Idee durch die Verträge von Versailles und Sèvres — zerschlagen. Die arabischen Länder wurden aufgeteilt. Syrien fiel Frankreich zu. Palästina,

Transjordanien, Irak, Hedschas und der Nedschd gerieten unter das »Protektorat« des britischen Imperialismus.

Die Araber indes haben sich mit dieser Lösung nie abgefunden. 1919 schon proklamierte der von Faisal nach Damaskus einberufene, von den imperialistischen »Gönnern« von gestern verbotene Nationalkongreß die Forderung der »sofortigen und völligen Unabhängigkeit ohne jeglichen Schutz oder Vormundschaft«. Der arabische Nationalismus, der so seine Stellungen gegen die Fremdherrschaft bezog, wandte sich auch von vornherein gegen den Zionismus, den Vorposten des britischen Imperialismus im Vorderen Orient: »Wir widersetzen uns den Bestrebungen der Zionisten, in dem als Palästina bekannten Teile Syriens eine jüdische Republik zu errichten, ebenso wie ihrer organisierten Einwanderung in irgend einen Teil unserer Länder, denn wir anerkennen nicht ihre Rechte, sondern betrachten sie als eine schwere Gefahr vom nationalen, wirtschaftlichen und politischen Standpunkte. Unsere jüdischen Mitbürger werden gemeinsam mit uns die gleichen Rechte genießen und die gleichen Rechte auf sich nehmen«.

So mußte das präsumptive »Erez Israel« zur Kampfarena der beiden Nationalismen werden.

In den ersten Nachkriegsjahren wurde die arabische Nationalbewegung in Palästina, die damals jedoch noch kaum als solche gelten konnte, von den Feudalherren und dem mit ihnen versippten und verbündeten Klerus repräsentiert. Diese Schichten kämpften weniger gegen den Imperialismus und für die panarabischen Ziele als gegen die jüdische Einwanderung — vor allem deshalb, weil diese als Träger der Durchkapitalisierung des Landes auftrat und als solche den Prozeß der bürgerlichen Entwicklung auch im Bereiche der arabischen Gesellschaft beschleunigen mußte. Bedacht um die Erhaltung ihrer ökonomischen Privilegien und des sozialen Status quo, waren diese reaktionären Schichten nicht abgeneigt, den politischen Status quo (Englands Herrschaft) zu akzeptieren und mit der Mandatarmacht zu paktieren. Ihre Agitation, die einen ungleich weniger antiimperialistischen als religiös drapierten antizionistischen Charakter trug, fand in den einer fanatisierenden Beeinflussung leicht zugänglichen Massen der Dorfbevölkerung einen günstigeren Resonanzboden als in den Städten. Im Laufe der letzten fünfzehn Jahre jedoch hat sich die nationalarabische Bewegung in Palästina wesentlich gewandelt — im Zusammenhang sowohl mit den in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur eingetretenen Veränderungen wie auch mit dem Fortschritt des zionistischen Aufbauwerks und der Entwicklung der politischen Situation im Vorderen Orient.

In der Landwirtschaft, die nach wie vor den Hauptfaktor im Bereiche der arabischen Wirtschaft darstellt (über zwei Drittel der arabischen Erwerbstätigen leben von der Landwirtschaft) ist eine starke Differenzierung eingetreten. Zur Illustration: Das »Musch«-Kollektiveigentum der Dorfgemeinschaften, das 1923 56% der bearbeiteten Bodenflächen betrug, ist 1930 auf 44% zurückgegangen, 1934 auf 24%.

Die Effendis (Großgrundbesitzer) haben sich an den fortgesetzten Bodenverkäufen an die Juden schwer bereichert. Die in jüdischem Besitz befindliche landwirtschaftliche Fläche, die 1914 400.000 Dunam betrug (1 metr. Dunam = 0,1 ha), ist 1935 auf 1,300.000 Dunam angewachsen, die Bodenpreise sind enorm gestiegen. (Vor dem Kriege 1—1,5 £, 1935: 5—40 £ pro Dunam). Die Anbaufläche der lukrativen Citruskulturen ist

in den Jahren 1922—1934 ums Achtfache gestiegen, wobei der jüdische Anteil allerdings von 30% auf 56% angewachsen ist. Durch Steuerpacht und Wucher war es den mächtigen Effendis leicht, neuen Boden zu erwerben, die Fellacheneigentümer zu Pächtern zu machen, die bei gegebener Gelegenheit zum Verkauf des Bodens durch den Effendi von der Scholle entfernt werden. Die Fellachenwirtschaft wird gekennzeichnet durch extensiven Bodenbau, die Verwendung primitivster Geräte, schonungslose Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft und die unglaublich niedrige Lebenshaltung. Infolge dieser Umstände, zu denen schwere Steuerlasten hinzukommen und das rigorose Vorgehen der Wucherer, denen die Kleinbauern und Pächter — zu Zinssätzen von 50—100% — ausgesetzt sind, »ist die ökonomische Lage der Landbevölkerung verzweifelt; es gibt kaum ein arabisches Dorf, das nicht verschuldet ist. Die Fellachen sind so mit Steuern überlastet, daß sie große Schwierigkeiten haben, den Zehnten zu bezahlen . . . Geld ist in manchen Orten so knapp, daß die Bevölkerung die lebensnotwendigen Waren im Tausch erwerben muß, und daß der Zehnt nur durch die Aufnahme weiterer Darlehen entrichtet werden kann. Das bedeutet, daß die jetzt schon kaum tragbare Schuldenlast gegenüber dem Geldleiher weiter erhöht wird.« (Sir John Simpson, Report. 1930). Sowohl die Feudalherrn wie die Fellachen verlangen ein Verbot des Bodenverkaufs an Juden; die ersteren, weil sie von der Erschwerung des Verkaufs Zusatzprofite durch ein weiteres Anschnellen der Bodenpreise erwarten; die Fellachen wollen vermeiden, daß die besseren Böden in jüdischen Besitz übergehen, was für sie zur Folge hat, daß sie den Boden verlassen müssen. Ohnmächtig gegenüber den sie ausbeutenden Großgrundbesitzern und Geldverleihern, richten diese verelendenden Massen ihre Empörung gegen die fremden Eroberer.

Die soziale Differenzierung innerhalb der arabischen Gesellschaft äußert sich auch im rapiden Anwachsen der städtischen Bevölkerung. Bereits in den Jahren 1922—32 war die Einwohnerzahl der arabischen Städte um 33% gestiegen (Jaffa um 65%, das arabische Haifa um 90%). Die arabische Bourgeoisie und die städtischen Mittelschichten sind bedeutend erstarkt, auch die arabische Arbeiterklasse ist gewachsen. Ist die Entwicklung im erheblichen Maße auch eine indirekte Auswirkung der Durchkapitalisierung des Landes durch die zionistische Einwanderung und jedenfalls durch diese beschleunigt worden, so macht sich andererseits auch die Verschärfung der nationalen Konkurrenz geltend. Von den 31 Millionen Pfund, die in den Jahren 1932—35 jüdischerseits in Palästina investiert worden sind, entfallen 20 Millionen auf Industrie, Handwerk, Bauwesen und Transport. Elektrizitätserzeugung, Kali- und Bromgewinnung, Oel- und Zementindustrie liegen ganz in jüdischen Händen. Schon 1928 waren ca. 66% des gesamten in der Industrie investierten Kapitals in jüdischem Besitz, und dies Verhältnis hat sich inzwischen noch mehr zuungunsten der arabischen Bourgeoisie verschoben. Sie kann dieser Entwicklung wenig Sympathie entgegenbringen, um so mehr als der Zionismus aus seinen weiteren ökonomischen Monopol- und Expansionstendenzen kein Hehl macht. In der Sphäre des Handels sehen die Dinge ähnlich aus; sowohl auf dem Gebiet des Exports wie auf dem Binnenmarkt, wo obendrein noch der Boykott nichtjüdischer Erzeugnisse propagiert und auch weitgehend realisiert wird, macht sich die jüdische Konkurrenz zunehmend spürbar. Die arabische Arbeiterschaft schließlich, ohnehin dem ideologischen Einfluß ihrer herrschenden Klasse ausgesetzt, wird durch die von den in jüdischen Histadruth organisierten Klassen-

genossen ausgeübte »Eroberung der 100% jüdischen Arbeit« in die nationale Front gedrängt.

Von mindestens gleicher Bedeutung wie diese rein ökonomisch bedingten Motive ist das bei den »erwachenden Völkern« besonders stark entwickelte nationale Bewußtsein. Die großarabische Idee wird durch die Entwicklung im Vorderen Orient gefördert. Der Vorstoß des Wafd in Aegypten, der weitgehende Erfolg des großen politischen Streiks in Syrien, die Anziehungskraft Saudi-Arabiens, des jetzt bereits fast die ganze Halbinsel umfassenden Reichs und nicht zuletzt das Sinken der Autorität Englands nach seiner Niederlage in Abessinien — alle diese Momente wirken sich auch im arabischen Palästina aus.

Im Endergebnis steht der eingetretenen und fortschreitenden sozialen Differenzierung innerhalb des arabischen Lagers in Palästina seine politisch-ideologische Konsolidierung gegenüber. Die arabische Bewegung Palästinas, die sich für die Erhaltung des ihre Mehrheit im Lande sichernden nationalen Status quo einsetzt — als Voraussetzung für die in der Richtung ihrer weitgehenden Endziele liegende Aenderung des politischen Status quo — ist gewachsen, erstarkt und geformt.

3. England und Palästina.

»Das Palästina-Mandat ist die glücklichste Eroberung des British Empire.«

Col. Locker Lampson, M. P., Juni 1936.

Die Situation in Palästina ist gekennzeichnet durch das Vorhandensein dreier nationaler Fronten. Der Zionismus kann sich nicht allein auf die Verteidigung seiner bereits ausgebauten Positionen beschränken; er hält an seinem Programm fest, der Schaffung eines Palästina, das schließlich »ebenso jüdisch sein soll, wie England englisch ist«, wie Waitzmann 1919 sagte. Die militante arabische Nationalbewegung hält ihr Endziel — nationale Unabhängigkeit und demokratische Selbstverwaltung — aufrecht. In dem sie vorläufig die in der arabischen Gesellschaft wirkenden inneren Gegensätze überbrückt, setzt sie geschlossen den bewaffneten Aufstand fort, der sich nicht nur gegen den Zionismus, sondern immer mehr eindeutig auch gegen den Imperialismus richtet. England steht somit in Palästina, dessen Bedeutung fürs Empire enorm ist und wo es ihm gelungen ist, festen Fuß zu fassen, einer Konstellation gegenüber, in der allein die Anwendung der althergebrachten und bewährten Methoden des »divide et impera« sich als auf die Dauer zunehmend unzulänglich erweist. Welches Ergebnis mag sich aus diesem komplizierten Polygon der einander entgegenwirkenden politischen Interessen und Kräfte ergeben?

Der britische Imperialismus, der während des Weltkriegs sowohl den Zionisten die Errichtung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina wie auch den Arabern die Gründung des Großarabischen Reichs, das auch Palästina umfassen sollte, versprach, war sich in Wirklichkeit schon zu Beginn des Krieges über seine faktischen Absichten in bezug auf dies Land im klaren gewesen. Schon im Februar 1916 wurde zwischen den drei Großmächten der Entente ein Geheimvertrag abgeschlossen, laut dem Frankreich von der Türkei Syrien erben sollte, England — Mesopotamien und die Hafenstädte Haifa und Akko. War daneben auch die Schaffung eines »unabhängigen arabischen Staats« vorgesehen, so wurde kurz daraufhin durch das Sykes-Picot-Abkommen (Mai 1916) die Aufteilung auch dieses Gebiets in zwei Zonen vereinbart, von denen

die eine französische, die andere britische Interessensphäre werden und Palästina unter eine internationale Verwaltung kommen sollte. Schließlich fand England — wie jede imperialistische Macht stets bereit, sich hilfreich und selbstlos in den Dienst dieser oder jener edlen Sache zu stellen, insofern und solange es der Verfolgung der eigenen Ziele förderlich ist — es für zweckmäßig, sich als Protektor der Zionismus aufzuspielen. »Es gibt etwa vierzehn Millionen Juden, wohlverstreut über die ganze Welt. Nicht mehr als eine Million wird einmal — als loyale Untertanen König Georgs — in Palästina leben können. Aber man tut gut, sich diejenigen, die in Amerika bleiben, zu Freunden zu machen. Diejenigen, die sich in Palästina ansiedeln, werden wahrscheinlich dem Reich einen wirklichen politischen und wirtschaftlichen Dienst erweisen; denn Palästina ist der Verkehrsknoten des Commonwealth. Die Luftwege sowohl als die Meeresstraßen, von Osten nach Westen und von Süden nach Norden, kreuzen sich hier, wo eine Flanke sich an den Suezkanal, die andere an den Hafen von Haifa anlehnt, die natürliche Handelsbasis für Mesopotamien. Mit Oelleitung und Eisenbahn, die beide in Haifa münden, hinter sich, kann die britische Flotte in Ruhe und Gemächlichkeit nach dem Nahen Osten schauen. Aegypten wünscht uns nicht; wir haben dort keine Freunde. Palästina ist ein wichtiger Platz, auf dem wir eine friedliche und tatkräftige Bevölkerung wünschen — Männer, denen wir vertrauen können, weil sie von uns abhängig sind«. Mit dieser an Deutlichkeit kaum zu übertreffenden Argumentation begründete der Labour-Abgeordnete Col. Wedgewood den Eifer, den England für den Zionismus offenbarte. (»Palestine, The Seventh Dominion«, 1928). Der britische Imperialismus sicherte sich die Oberhoheit über das gelobte Land.

Im Laufe der eineinhalb Jahrzehnte seit dem Weltkrieg herrschte England über Palästina, indem es die Araber und Juden gegeneinander ausspielte, zeitweilig dem einen oder dem anderen gewisse Konzessionen gewährte, um dann die Zügel wieder straffer anzuziehen, und so seine Machtstellung festigte. Die I. C. I. (Imperial Chemical Industry) erwarb das Monopol auf die Ausbeutung der Vorkommen des Toten Meers. Die I. P. C. (Iraq Petroleum Company) erhielt die Konzession für die Vornahme von, laut Angabe ihrer Geologen, aussichtsreichen Oelbohrungen in Palästina. Der Kapital- und Warenimport aus England nach Palästina hat einen beträchtlichen Umfang erreicht. Daneben wurde das Land systematisch zur Pufferstation des Empire im Vorderen Orient ausgebaut. Haifa, die Mündung der Rohrleitung, die das Irakoel zum Mittelmeer leitet, wurde zur höchstwichtigen Flottenbasis; in Haifa, Gaza, Lydda und Ramle — wurden Flughäfen angelegt. Von Haifa aus ist der Bau einer Transversal-Eisenbahnverbindung über Transjordanien nach Bagdad und einer nordsüdlichen Bahn zum Hafen von Akaba am Roten Meer vorgesehen. England hat die fünfzehn Jahre nicht nutzlos verstreichen lassen. Inzwischen sind jedoch die beiden Objekte der Mandatsverwaltung numerisch, ökonomisch und politisch gewachsen. Die jüdische Bevölkerung des Landes hat immerhin 400.000 erreicht, sie verfügt über ansehnliche wirtschaftliche Positionen. Die Araber treten in die Epoche ihrer bürgerlichen Revolution, ihre nationale Freiheitsbewegung wirkt als aktiver Faktor. Die Gegensätze haben sich verstärkt, die Konflikte verschärft. Die auf der Balancierung der Kräfte beruhende Stellung Englands im Lande erscheint gefährdet. Und dies in einer Situation, in der die strategische Bedeutung

Palästinas für das Empire infolge der politischen Entwicklung im Mittelmeer und am Roten Meer eminent gestiegen ist.

Die Positionen Englands auf dem Wege zum Suezkanal und an der Ausfahrt aus dem Roten Meer, dieser Schlagader des britischen Imperiums, sind durch das neue Römische Imperium bedroht. Malta, im Aktionsradius italienischer Flugangriffe gelegen, hat seinen Wert als Flottenstützpunkt vermindert. Aegypten ist einem italienischen Angriff von Tripolis aus ausgesetzt, der Sudan — von Abessinien und Eriträa aus. Den Weg englischer Schiffe aus dem Roten Meer nach Indien kann Italien von der eriträischen Küste her blockieren. Mussolini, im Besitze Abessiniens, ist bemüht, seine Einflußsphäre auch auf die arabische Halbinsel auszudehnen. Italien, das seit Jahren als Gönner des Imam von Jemen auftrat, ist auch am gegenwärtigen Aufstand in Palästina nicht unbeteiligt. England sieht die Gefahren und trifft seine Gegenmaßnahmen. Durch den jüngst unter seinem Patronat abgeschlossenen Bündnisvertrag zwischen Irak, Saudije und Jemen soll ein Gegengewicht gegen die Aspirationen Italiens in Arabien geschaffen werden. Die Häfen Aden und Hodeida am Bab el Mandeb sowie Akaba an der Sinai-Halbinsel werden intensiv fortifiziert. England ist entschlossen, auch nach der Aufhebung der Sanktionen gegen Italien seine Flotte verstärkt im Mittelmeer zu erhalten. Cypern soll zu einer neuen Marinebasis im östlichen Mittelmeer ausgebaut werden. Durch den Bau der Eisenbahn Haifa—Akaba wird ein »Ersatz für den Suezkanal« vorbereitet. Im Rahmen dieser strategischen Maßnahmen Englands fällt Palästina, abgesehen von seinem sonstigen Wert für das Empire, eine erstrangige Bedeutung zu. England ist jedoch zugleich durch die revolutionäre Erhebung der Araber vor die Frage gestellt, welchen Weg seine Politik in Palästina einschlagen, d. h. auf welche der beiden Nationen des Landes es sich orientieren soll.

Seit Beginn der Mandatsverwaltung waren die Ansichten der maßgebenden englischen Kreise über die zweckmäßigste Linie der Palästinapolitik geteilt. Das Foreigne Office war geneigt, in Palästina eine »binationale« Linie durchzuführen, die es ermöglichen sollte, durch Förderung und genügende Stärkung der jüdischen Einwanderung und Siedlung sich im Lande eine zuverlässige und hinreichend starke Stützkraft zu schaffen; dies sollte allerdings auf die Weise und in einem Umfange geschehen, daß den Arabern kein Anlaß zu übermäßiger Unzufriedenheit geboten würde. Die Kolonialbürokratie dagegen wandte sich beharrlich gegen diese, in der Tat überaus wenig aussichtsreiche Konzeption, deren Durchführung beide Teile — Juden und Araber — nicht zufriedenstellen könnte; sie hielt es für den Interessen Englands entsprechender, unter mehr oder weniger beschleunigter Abdrosselung der zionistischen Aspirationen die Sympathien der arabischen Welt zu erhalten, bezw. zu gewinnen. Der Zickzackkurs der englischen Politik in Palästina in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten ist nicht zuletzt zurückzuführen auf das interne Ringen dieser beiden Orientierungen. Die jüdische Einwanderung wurde abwechselnd verringert und gesteigert. An eine Bodenreform ging man nicht heran, noch wurde ein System proprogressiver Steuern eingeführt. Während die Befugnisse der Kommunalverwaltungen nach wie vor äußerst beschränkt sind, wurde mehrmals die Konstituierung eines Legislative Council erwogen. So regierte England Palästina — bis zum Aufstand.

Zu Beginn der arabischen Erhebung verkannten die

englischen Behörden, in der Annahme, es handle sich nur um einen Judenpogrom, den Charakter und unterschätzte die Dynamik der Bewegung. Im Glauben, sie würde sich nur gegen die Juden richten und sehr bald totlaufen, sahen die Engländer zunächst von einem energischen Durchgreifen ab. Inzwischen hat sich der Aufstand jedoch versteift, ausgedehnt und sein eindeutig auch englandfeindliches Gesicht gezeigt. »Der Angriff der Araber gegen das Mandat richtet sich im wesentlichen nicht gegen die Juden, sondern gegen die Grundlagen unserer gegenwärtigen Position in Palästina und gegen unsere Hoffnungen im Orient.« (»Palestine«, Organ des Pro-Palestine-Comitee, London).

Da England seine Hoheitssphäre angetastet und sein Prestige bedroht sieht, hat es sich zur Gegenaktion entschlossen. Es ist dabei die »Ruhe und Ordnung« im Lande wiederherzustellen. Dann soll eine königliche Kommission die Lage untersuchen und der Regierung ihre Vorschläge für die weitere Palästinapolitik unterbreiten. Indessen scheint die Entscheidung über die Linie, die England im nächsten Zeitabschnitt einhalten wird, bereits gefallen zu sein. Sie ist diktiert von den Rücksichten auf die militärpolitische Situation, d. h. von dem für den britischen Imperialismus maßgebenden Gesichtspunkt einer optimalen Sicherung seiner Stellung in Palästina selbst und seines Einflusses auf die umliegenden Länder Arabiens.

Die Juden Palästinas, die einsehen mußten, daß keine Aussicht dafür besteht, die Zustimmung der Araber zu einer pax zionistica zu gewinnen, sind bereit, sich entschieden für England einzusetzen. Lord Melchett, Erbe des Chemiekönigs Alfred Mond, der Beherrscher der ICI., erklärte im Unterhause, England müsse aus Palästina »ein neues Singapore im nahen Osten« schaffen. Jabotinski, der Duce des zionistischen Revisionismus, pocht darauf, man müsse »England davon überzeugen, daß auch seine Interessen die Errichtung einer jüdischen Legion erheischen«. Und Ben Gurion, der Führer der Arbeiterpartei und Präsident der zionistischen Exekutive, versicherte Ende Mai 1936 in London: »Die Geschichte hat uns mit dem britischen Empire verbunden . . . Wir werden nur mit England gehen«. Der britische Imperialismus ist gewillt, das Vorhandensein dieses jüdischen Faktors auszunutzen, weil er in ihm einen zuverlässigen Schildknappen und willigen Lieferanten von Kanonenfutter erblickt und weil er sich, durch die Uebernahme der Rolle des Verteidigers der Juden neben der faktischen Macht auch den Rechtstitel auf Palästina bequem sichern kann. Andererseits kann England nicht zulassen, daß die jüdische Einwanderung in Tempo und Umfang gewisse Grenzen überschreitet.

Eine eindeutige prozionistische Orientierung wäre für England aber mit der Gefahr verbunden, daß dies ihr die Unzufriedenheit auch der arabischen Nachbarländer zuziehen müßte, die sich unter Umständen in aktive Feindschaft umsetzen würde. Der britische Imperialismus hat aber ein eminentes Interesse daran, es mit der arabischen Welt nicht zu verderben; daher die Freundschaft mit Ibn-Saud, die Konzessionen an den Irak und eventuell auch an Transjordanien. Andererseits muß England gerade angesichts der zunehmenden Unabhängigkeits- und Selbständigkeitstendenzen darauf bedacht sein, sich Palästina als gesicherte Enklave der arabischen Umgebung gegenüber zu erhalten. Daher will und darf es den Zionismus nicht ganz ilquidieren.

Eine reichlich widerspruchsvolle Situation, die den Londoner »Economist« veranlaßt hat, die Frage aufzuwerfen: »Was

ist zu tun? Sollen wir die palästinensischen Araber in derselben brutalen Weise niederschlagen, wie es Mussolini mit den Amharas getan hat? Oder sollen wir unsere zionistischen Schützlinge verraten, d. h. konkret: sie demselben Schicksal wie die Assyrer des Irak ausliefern? Jeder Kurs wird so unangenehm sein, daß wir zweifellos den Weg des geringsten Widerstandes einschlagen müssen.«

England wird allem Anschein nach den Weg einer scheinbaren Kompromißlösung begehen. Es wird unter de jure Aufrechterhaltung der Balfour-Deklaration de facto den Arabern Konzessionen machen müssen. Die jüdische Einwanderung nach Palästina wird kaum unterbrochen, aber erheblich reduziert, vielleicht vorübergehend in die Nähe der Nullgrenze gebracht werden. Der Verkauf arabischen Bodens an Juden wird nicht total verboten, wohl aber ihn mehr oder weniger beschwerenden Einschränkungen unterworfen werden. Die Forderung der arabischen Bewegung nach demokratischer Selbstverwaltung und Unabhängigkeit wird für absehbare Zeit unerfüllt bleiben, England wird aber versuchen, durch die Schaffung eines Legislative Council, in dem die Juden eine Minderheit bilden, der High Commissioner aber ein Vetorecht haben wird, die Vertreter des arabischen Feudalismus und der Bourgeoisie für sich zu gewinnen.

Durch diese Politik wird es England gelingen, seine Positionen in Palästina — bis auf weiteres — zu festigen. Der Zionismus wird in eine äußerst schwere Krise geraten. Die arabische Bewegung nähert sich, im Zuge der bürgerlichen Revolution, einer neuen Phase — der fortschreitenden sozialen Differenzierung, welcher parallel gehen wird eine Verschärfung des Kampfes gegen den Imperialismus.

Der Zionismus erscheint im Bewußtsein seiner Träger und mancher fortschrittlichen Kreise des Westens als progressive Bewegung. Demgegenüber weisen andere darauf hin, daß seine auch nur teilweise Verwirklichung die Bodenreform und die Demokratisierung des Landes verhindert, sowie die unentwegte Bindung an den britischen Imperialismus zur Voraussetzung hat. Die arabische Bewegung kämpft im Zuge der bürgerlichen Revolution für die Ueberwindung der Kleinstaaterei, den nationalen Einheitsstaat und gegen die Herrschaft des Imperialismus. Geführt von bürgerlichen Intellektuellen, umfaßt sie heute weite Massen der arabischen Bevölkerung in Stadt und Land und tritt ultimativ mit einem formulierten Mindest- und Sofortprogramm auf: Einstellung der jüdischen Einwanderung, Verbot des Bodenverkaufs, demokratische Selbstverwaltung. Der gegenwärtige akute Ausbruch trägt nicht mehr den Charakter von halbspontanen lokalen Pogromen, wie in den vergangenen Jahren, sondern eines großangelegten, organisierten politischen Kampfes gegen den Imperialismus.

In den Rahmen der arabischen Nationalbewegung fällt auch das Wirken der Kommunisten, die faktisch einen Teil, den »linken Flügel« dieser Bewegung, darstellen. Im Gegensatz zur zionistischen Arbeiterpartei und zur Histadruth, deren Politik auf die Kooperation mit England gerichtet ist, setzt sich die KP gegen den Imperialismus ein. Ihre Strategie (und erst recht ihre Taktik) lassen aber — unter gründlicher Mißachtung sowohl der Lehren Lenins wie der traurigen Erfahrungen der Komintern in anderen Kolonialländern z. B. in China — jede selbständige Haltung vermissen. Die KP ist an die arabische Nationalbewegung gebunden. Ist die zionistisch-sozialdemokratische Partei durch die zionistische Zielsetzung behindert, sich für die

Durchführung auch nur der bürgerlichen Revolution (Agrarreform!) einzusetzen, so sieht die KP im Zeichen der »Volksfront« davon ab, die Fellachen in eine Kampfstellung gegen den arabischen Feudalismus zu bringen. Drosselt die zionistische Arbeiterpartei im Interesse des zionistischen Aufbaus den Klassenkampf im jüdischen Lager ab, so unterläßt es die KP, die Gegensätze zwischen den Interessen der arabischen besitzenden Klasse und den Werktätigen aufzuzeigen und »in dem Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben, der Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratischen Bewegungen innerhalb ihrer (der arabischen) Nation« (Lenin) zu wirken. Treibt die Histadruth durch ihre Theorie und Praxis der »100% jüdischen Arbeit« die arabischen Arbeiter an die Seite der arabischen Bourgeoisie, so trägt die KP durch den Verzicht auf eine selbständige Politik dazu bei, daß der Einfluß der arabischen herrschenden Klasse und deren reaktionären Schichten auf die arabische Arbeiterschaft ungeschwächt bleibt. Ist die zionistische Arbeiterpartei der Träger des extremen jüdischen Nationalismus, so sieht die KP faktisch davon ab, den antiimperialistischen Kampf im Zeichen des Internationalismus, der fortschreitenden Annäherung der arabischen und jüdischen Arbeiter zu führen. So bewirkt jede der beiden Parteien in ihrem Einflußbereich und auf ihre Weise, daß die Ansätze für eine selbständige Arbeiterbewegung in Palästina erdrosselt und ersetzt werden durch den Kampf: Volk gegen Volk.

Die arabische Bewegung hat den Umfang und die Schärfe einer nationalrevolutionären Volkserhebung angenommen und wird, unabhängig vom unmittelbaren Ausgang dieses Aufstands, in der weiteren Entwicklung im Vorderen Orient als eine nicht zu eliminierende Kraft wirken.

Die Volksfront in Frankreich

Von **Fritz Alsen.**

»Heute entscheidet sich in Frankreich das Schicksal der Volksfrontpolitik, mehr noch als in Spanien. Wahrscheinlich wird es sich in relativ kurzer Zeit zeigen, ob hier die Volksfrontpolitik ihre Probe bestehen kann.« Mit diesen Sätzen schlossen wir im Mai-Heft dieser Zeitschrift eine Betrachtung des französischen Wahlergebnisses. Sechs Wochen nach dem Ausbruch der faschistischen Revolte in Spanien, drei Monate nach dem Antritt der Volksfrontregierung in Frankreich ist die Aufmerksamkeit der internationalen Arbeiterbewegung mehr als je auf die beiden Volksfrontländer, Spanien und Frankreich, gerichtet. Mehr als je zeigt es sich, wie eng das Schicksal beider Länder miteinander verknüpft, wie entscheidend ihr Schicksal für die Arbeiterbewegung aller Länder ist. Darum erscheint es notwendig, nachdem das französische Parlament, das aus den Maiwahlen hervorgegangen ist, seine erste Sitzungsperiode geschlossen hat, zu schildern, wie sich Frankreich in den letzten Monaten veränderte, welches die Kräfte sind, die seine gegenwärtige und künftige Entwicklung bestimmen.

Französische Wirtschaft in der Krise.

Welches war die wirtschaftliche Situation, die Léon Blum vorfand, als er und seine Mitarbeiter im Juni die Regierung übernahmen? Frankreich war später als alle anderen Länder von der Weltwirtschafts-

krise erfaßt worden; eine Reihe besonderer Umstände hatten seine wirtschaftliche Entwicklung lange Jahre hindurch beeinflußt. Auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges hatte Frankreich relativ am meisten Opfer gelassen. Die Arbeitslosenzahl war daher stets unbedeutend, es bestand immer ein großer Bedarf an fremden Arbeitskräften. Die Verwüstungen des Krieges waren ungleich größer gewesen als anderswo. Jahrelang war ein Teil der französischen Wirtschaft mit den Wiederaufbauarbeiten beschäftigt. Die Entwertung der französischen Währung in den Jahren 1919/1926 hatte ebenfalls lange Jahre hindurch anregend gewirkt. Als schließlich die Weltwirtschaftskrise hereinbrach und aus den angegebenen Gründen zunächst Frankreich verschonte, strömten in größerem Umfange ausländische Kapitalien in das Land, die noch einige Jahre hindurch das Andauern der Prosperität ermöglichten.

Erst seit etwa 1932 wurde die Krise mehr und mehr auch in Frankreich spürbar. Der Produktionsrückgang der Industrie im Jahre 1935 betrug gegenüber 1930 30 Prozent. Die Gewinne der Industrie gingen jedoch nicht überall in demselben Maße zurück. So hatten die privilegierten Wirtschaftszweige der sogenannten öffentlichen Betriebe (Gas, Wasser, Elektrizität, Schiffbau etc.) in diesen Jahren sogar eine wesentliche Zunahme der Gewinne zu verzeichnen (29 Prozent). In den übrigen kartellierten Industrien gingen die Gewinne etwa um 30 Prozent zurück. Dies entsprach also fast genau dem Produktionsrückgang. Schwer betroffen waren hingegen die nicht kartellierten Industrien, die durch keinerlei Preisbindungen etc. geschützt sind. Diese Industrien erlitten in der Krise einen Rückgang der Gewinne von mehr als 60 Prozent. Schwer geschädigt ist auch der Export, der für Frankreich genau so bedeutend war wie für Deutschland. Der mengenmäßige Rückgang betrug im Jahre 1935 gegen 1928 zirka 71 Prozent. Dagegen gelang es dem Finanzkapital, also insbesondere den Banken, ihre Gewinne die Krisenjahre hindurch etwa auf der gleichen Höhe zu halten, ihre Dividenden stiegen sogar in den letzten Jahren nicht unwesentlich.

Bei einer Gesamtbeurteilung der französischen Krise, soweit sie das Industrie- und Finanzkapital erfaßt, müssen die Besonderheiten der französischen Entwicklung berücksichtigt werden. Hierdurch erklären sich gewisse Rückständigkeiten der industriellen und banktechnischen Entwicklung, die sich u. a. widerspiegeln in dem System der Bank von Frankreich, das in dem früheren Aufsatz geschildert wurde. Hierdurch erklärt sich auch die Tatsache, daß die französische Krise bisher zwar ernst, aber nirgends so schwer wie in wirklich modernen Industrieländern gewesen ist. Eine Ausnahme machen nur einzelne, auf den Export angewiesene Industrien, wie z. B. die Luxusindustrie. Hierdurch erklärt sich auch die Schwäche der Unternehmerorganisationen. Bisher gab es keine eigentlichen Zweckverbände des gesamten französischen Kapitalismus. Hierdurch erklärt sich schließlich, daß der Staat bisher nirgends in die Wirtschaft eingriff. Versuche, eine staatliche Regelung durchzuführen (bezeichnenderweise solche zum Schutze der Kartelle) sind bisher stets fehlgeschlagen. Die Gesetze, die unter Boncour und Flandin erlassen wurden, blieben ohne praktische Wirksamkeit.

Ungleich schwerer ist die Agrarkrise, die sich noch verschärft hat. Dabei ist zu berücksichtigen, daß rund die Hälfte des französischen Volkes auf dem Lande lebt. Die Agrarwirtschaft ist daher für die Gesamtwirtschaft bedeutsamer als etwa in Deutschland. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß, entgegen einer weit verbreiteten Anschauung,

auch in Frankreich der Großgrundbesitz heute noch außerordentlich verbreitet ist, Genau ein Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche gehört zu Gütern, die über 40 Hektar umfassen. Die Zahl der Landarbeiter ist nicht wesentlich geringer als in Deutschland. Besondere Bedeutung aber kommt in Frankreich den Mittelbetrieben zu, die etwa 40 Prozent der überhaupt genutzten Fläche einnehmen. Diese Mittel- und Kleinbauern wurden von der Krise besonders schwer getroffen. Die Preise für Weizen sind in der Krise um 50 Prozent, die für Wein sogar um 60 Prozent zurückgegangen, während die Preise für Industrieprodukte nicht in so starkem Maße gesunken sind. Die »Schere« hat sich also ständig vergrößert. Die Situation der Landarbeiter ist besonders in einzelnen Bezirken völlig hoffnungslos. Alle Notverordnungsmaßnahmen der verflossenen Regierung haben diese Agrarkrise in keiner Weise lindern können. Die Anordnung von Mindestpreisen ist nicht eingehalten worden, eine Verringerung der Anbaufläche war wegen der vielen Klein- und Mittelbetriebe nicht durchzusetzen. Bisher hat sich die Agrarkrise politisch dahin ausgewirkt, daß Bauern wie Landarbeiter stark sozialistisch blieben. Die faschistische Propaganda unter der Landbevölkerung blieb fast ganz wirkungslos.

Die Bedeutung des Mittelstandes ist groß. Zirka 30 Prozent der Erwerbstätigen müssen zu den städtischen und ländlichen Mittelschichten gerechnet werden. Die Mittelschichten nahmen bisher nicht so stark ab wie in anderen Ländern. Es war weder die Krise so scharf noch der Rationalisierungsprozeß, infolge der Rückständigkeit der französischen Wirtschaft, so weitgehend durchgeführt. Erst in der allerletzten Zeit beginnt die Krise die selbständigen Mittelschichten zu ruinieren.

Eine besondere Stellung nehmen die kleinen und mittleren Beamten ein. Infolge des Umfangs der staatlichen Bürokratie sind sie besonders zahlreich. Sie wurden von den Notverordnungsmaßnahmen der reaktionären Regierung stark betroffen. Ihre Bezüge wurden um zirka 30 Prozent gekürzt. Da es die gleiche Regierung war, von denen die Faschisten begünstigt wurden, so verknüpfte sich für die Beamten der Kampf gegen die Notverordnungen mit dem Kampf für die Sicherung der Demokratie. So erklärt es sich, daß diese Schichten radikal und demokratisch blieben und immer mehr dem Sozialismus oder Kommunismus zuströmten.

Auch die Arbeiterklasse verlor in den Krisenjahren über 30 Prozent des Nominallohnes, während die Lebenshaltungskosten nur um zirka 12 Prozent gesenkt werden konnten. Von Bedeutung war jedoch, daß die Arbeitslosigkeit relativ gering blieb (zirka 400.000 in den letzten zwei Jahren). Vor allem ist die Dauerarbeitslosigkeit als Massenerscheinung und die Bildung einer permanenten Reservearmee unbekannt geblieben. Gleichwohl wurden Arbeitskämpfe in den Krisenjahren von 1931 bis 1933 kaum noch durchgeführt. Es erklärt sich dies aus dem Fehlen des Tarifvertragswesens und vor allem aus der Schwäche der Arbeiterorganisationen. Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, wie wenig dies auf eine grundsätzliche »schwere Organisierbarkeit« des französischen Arbeiters zurückzuführen ist. So lange die Gewerkschaftbewegung gespalten war, war sie so schwach, daß sie keine große Anziehungskraft hatte. Unerhört scharf war in manchen Gebieten, besonders im industriellen Osten, der Terror der Unternehmer gegen die gewerkschaftliche Organisation, sodaß die außerordentlich starke Konzentration der Arbeiterschaft an wenigen Industriezentren, an sich eine günstige Voraussetzung für die Organisation, nicht genügend ausgenutzt werden konnte.

Im S t a a t s h a u s h a l t schließlich wirkte sich die Krise durch eine ständige Vergrößerung des Defizits aus. Das jährliche Defizit betrug in den letzten Jahren stets zirka 8 Milliarden Francs.

Die Massenstreikbewegung.

Um die ungeheure Streikbewegung, von der Frankreich im Mai und Juni erfaßt wurde, auszulösen, mußten eine Reihe von Umständen zusammenwirken. Das Elend der Arbeiterschaft hatte bereits seit Ende 1934 zu vereinzelten Arbeitskämpfen geführt. Die um die gleiche Zeit hergestellte gewerkschaftliche Einheit gab die Möglichkeit, diese Arbeitskämpfe geschlossener als bisher durchzuführen und bewirkte ein rasches Ansteigen der neuen Gewerkschaftsorganisation von etwa 900.000 bei der Einigung auf 1,5 Millionen zu Beginn der Massenstreiks. Der politische Sieg, den die Arbeiterklasse mit den Wahlen errungen hatte, wirkte gleichfalls anfeuernd. Immer wieder konnte man hören, daß man jetzt das Streikrecht ausüben könne, weil die Blumregierung ja nicht auf ihre Anhänger würde schießen lassen. Unmittelbar auslösend wirkte schließlich das leichte Gelingen einer Lohnbewegung in den Pariser Flugzeugfabriken, die den Forderungen der Streikenden schnell nachgaben. Während der Streiktage fiel allgemein der ganz unpolitische Charakter der Bewegung auf. Die Parteien spielten nirgends eine Rolle. Vielfach verkündeten Plakate am Eingangstor der Fabriken, daß die Bewegung eine rein gewerkschaftliche sei. Und wenn auch die Gewerkschaften die Bewegung in den meisten Fällen in der Hand behalten konnten, so wurden doch auch sie, wenigstens in den großen Industriezentren, von dem Ausbruch überrascht. In den kleineren Orten der Provinz waren es die Gewerkschaften, die den Streik von vornherein auslösten. In Paris dagegen spielten die spontan gebildeten Streikkomitees eine wichtige Rolle; in ihnen waren Organisierte und Nichtorganisierte vereint.

Die Gründe für die von den Arbeitern gewählte Form des Streiks, die Fabrikbesetzung, sind rein gewerkschaftlicher Art. Man fürchtete, daß bei der herrschenden Arbeitslosigkeit die verlassenen Arbeitsplätze von Arbeitslosen besetzt werden würden. Man glaubte, daß die Ordnung durch Verbleiben in den Betrieben besser gewährleistet sei und fürchtete schließlich wohl mit Recht, daß die Gewerkschaftsorganisationen noch zu schwach seien, um die notwendige Disziplin bei der Durchführung des Arbeitskampfes zu gewährleisten, wenn nicht ständig alle Arbeiter in den Betrieben zusammenblieben. Mit der italienischen Fabrikbesetzung hatte diese Bewegung durchaus nichts zu tun. Die Forderung nach Sozialisierung der Betriebe wurde nur ganz vereinzelt und nur dort aufgestellt, wo die Unternehmergruppen sich den Arbeiterforderungen gegenüber unnachgiebig zu zeigen versuchten. Wurden dann die Unternehmer doch zum Nachgeben gezwungen, so verschwanden damit auch die weitergehenden Forderungen der Arbeiter.

Es scheint, daß die einmal gewählte Form des Arbeitskampfes den Arbeitern auch für die Zukunft notwendig und durchführbar erscheint. Auffallend ist, wie stark politisierend diese Streikbewegung auf die Arbeiter und besonders die Arbeiterinnen gewirkt hat. Ungleich stärker als bisher sind auf der Straße und im Betriebe die politischen Diskussionen, ungleich stärker ist die Beteiligung an Demonstrationen.

Die soziale Gesetzgebung.

Der accord matignon, die Vereinbarung zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften, holte in einer Nacht eine wirtschaft-

liche Entwicklung nach, die andere Länder in Jahrzehnten durchgemacht hatten. Unter dem Druck der Massen wurde zum ersten Male in Frankreich das Streik- und Koalitionsrecht wirklich gesichert, Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer vorgesehen, ein umfangreiches Tarifvertragswesen eingeführt. Der Arbeiterschaft sind damit Instrumente in die Hand gegeben, die, wenn sie sie zu handhaben versteht, für sie von höchster Bedeutung werden können. Unmittelbar wirksam wurden aber diejenigen Maßnahmen, durch die Lohnerhöhungen, die 40-Stundenwoche und bezahlter Urlaub durchgeführt wurden. Die hierdurch erreichte reale Lohnerhöhung dürfte zirka 35 Prozent betragen. Damit ist der Verlust während der Krise reichlich aufgeholt. Darüber hinaus wirkte die Einführung des bezahlten Urlaubs revoltierend. Zum ersten Male konnten französische Arbeiter ihre Ferien zu Reisen ausnutzen. Die Diskussionen über den bezahlten Urlaub beherrschten in diesen Sommermonaten alle Gespräche. Täglich erhielten die Regierung und die sie stützenden Parteien Ansichtskarten, auf denen Arbeiter aus ihrem Ferienaufenthalt an der See oder aus dem Gebirge ihre Dankbarkeit aussprechen.

Die Unternehmer, die mit diesem Ergebnis der Massenstreikbewegung eine schwere Niederlage erlitten, blieben allerdings inzwischen nicht untätig. Die Preiserhöhung der wichtigsten Lebensmittel etc. beträgt schon jetzt 15 bis 20 Prozent, während unter Berücksichtigung des Lohnanteils an diesen Produkten kaum eine Preiserhöhung von 10 Prozent gerechtfertigt erschiene. Preisüberwachungsmaßnahmen wurden angeordnet, blieben aber bisher noch wirkungslos. Man spricht davon, daß die Unternehmer einen recht beträchtlichen schwarzen Fonds bilden, der ihnen in künftigen Auseinandersetzungen einen Rückhalt geben soll. Sicher ist, daß die Organisierung der Unternehmer aller Branchen schnell vorangeht. In diesen Tagen ist auch ein einheitlicher Verband für die gesamte französische Industrie gegründet worden.

Ernster noch sind die Folgen der sozialen Gesetzgebung für die Mittelbetriebe. Diese Mittelbetriebe sind tatsächlich nicht in der Lage, die Lasten, die ihnen neu erwachsen sind, zu tragen. Schon jetzt müssen viele ihre Tore schließen, wenn sie nicht vom Staat subventioniert werden, eine Forderung, die oft gerade von der Arbeiterschaft aufgestellt wird. Die Bestürzung der Mittelklassen über die Folgen der sozialen Gesetzgebung ist allgemein. Hier und da konnte man schon den Vorwurf hören: es bestünde ein Bündnis zwischen Blum und den Trusts. Sicher ist, daß die mitten in den Sommermonaten aufwärtsweisende Kurve der Arbeitslosigkeit offenbar auf die Schließung oder Einschränkung solcher Betriebe zurückgeht. Hier will die Regierung durch sofortige Hilfsmaßnahmen Linderung verschaffen. Allgemein aber wächst die Erkenntnis, daß nur ein entschlossenes Vorgehen gegen die gewaltigen Trusts des Industrie- und Finanzkapitals auf die Dauer den Mittelbetrieben Rettung bringt.

Wirtschaftliche Gesetzgebung.

Waren die sozialen Gesetze unter dem unmittelbaren Druck der Massen in wenigen Tagen von Kammer und Senat beschlossen, so stieß die Regierung bei der Durchsetzung ihrer ersten wirtschaftlichen Pläne auf die allergrößten Schwierigkeiten. Sie begannen schon im Schoße der Regierung. Gegen eine kühnere wirtschaftliche Gesetzgebung haben die großbürgerlichen Interessen der Radikalsozialisten selbst dort Stellung genommen, wo diese Gesetzgebung den Interessen ihrer kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Anhänger sehr wohl entspricht. Be-

sonders hemmend wirkt der Senat, dessen Mehrheit sich zu einem außerordentlich gemäßigten, aber ausgesprochen großkapitalistischen Radikalsozialismus bekennt. Die Haltung des Senats aber ist auch bestimmend für die Mehrheit der radikalsozialistischen Minister.

Im Mittelpunkt der Volksfrontpropaganda stand der Kampf gegen die Bank von Frankreich, deren reaktionäre Rolle in Politik und Wirtschaft von weiten Volksschichten als unerträglich empfunden wurde. Die Verstaatlichung des zentralen Noteninstituts hat man nicht durchsetzen können, obwohl dadurch erst eine Entwicklung erreicht worden wäre, die in anderen Ländern bereits längst verwirklicht ist. Auch in anderen technischen, in der Zukunft vielleicht bedeutsamen Einzelheiten hat der Senat die Regierungsvorlage geändert. Immerhin ist aber der Regentschaftsrat in der bisherigen Form abgeschafft worden. Die Herren der französischen Privatwirtschaft werden nicht mehr wie bisher über die Geschicke der französischen Währung und des französischen Kredits entscheiden können.

Das office de blé (Getreideamt) war ein Kernstück des sozialistischen Programms, das auch die Volksfrontregierung sich durchzusetzen bemühte. Durch ein System von Zwangsgenossenschaften und ein staatliches Exportmonopol sollte der Absatz der Produkte gesichert und die Agrarkrise beseitigt werden. Hier hat die Regierung vor dem Senat ihre erste offene Niederlage erlebt. Die beschlossenen Maßnahmen sind nicht unwichtig, unterscheiden sich aber nicht wesentlich von den Versuchen früherer Regierungen, feste Preise durchzusetzen. Die Behebung der Agrarkrise dürfte auf diese Weise nicht gelingen. Wollte man aber überhaupt noch in diesem Jahr ein Gesetz durchbringen, so mußte man sich mit dem zufrieden geben, was der Senat nach siebenmaliger Lesung bewilligt hatte.

Mit einer relativ besonders großen Mehrheit wurde der Gesetzentwurf beschlossen, der die Rüstungsindustrie verstaatlicht. Hier leisteten weitere Kreise der Bourgeoisie keinen Widerstand. Erstens, weil es sich um eine Maßnahme handelt, die für die Kriegsvorbereitung von allgemeiner Bedeutung sein kann. Zweitens aber auch, da es sich vorläufig nur um ein Ermächtigungsgesetz handelt. Deshalb kann auch die wirtschaftliche Auswirkung der geplanten Verstaatlichung noch nicht beurteilt werden.

Die Arbeitslosigkeit soll durch Notstandsarbeiten behoben werden. Noch ist nicht sicher, ob die jetzt der Volksfrontregierung zur Verfügung stehenden Mittel groß genug sein werden, um die Arbeiten in den erforderlichen Ausmaßen durchzuführen. Wichtig wird dafür unter anderem das Ergebnis der ausgeschriebenen Anleihen sein. So groß der Enthusiasmus der Werktätigen für diese Anleihe ist, so begeistert die Arbeiter und ihre Organisationen ihre kleinen Ersparnisse der Volksfrontregierung zur Verfügung stellen, um ein wirtschaftliches Programm zu verwirklichen, das den arbeitenden Klassen zugute kommen soll, so stark ist auch der Widerstand in Bankkreisen.

Die Sicherung der Demokratie.

Eine der ersten Maßnahmen der Volksfrontregierung war die Auflösung der faschistischen Verbände. Diese Auflösung an sich erwies sich praktisch nicht als allzu bedeutungsvoll, da die faschistische und nationalistische Presse weiter erscheint und zahlreiche »Ersatzorganisationen« aus dem Boden schießen. Viel wichtiger für die Zer-

setzung der faschistischen und reaktionären Verbände erwies sich die allgemeine Volksstimmung. Selbst die Croix de feu sind von der völligen Zersetzung bedroht. Ihr »Führer«, der Oberst de la Roque, bringt es nicht einmal fertig, ein wirksames Oppositionsprogramm aufzustellen. Finanznöte und Skandale erschweren ihm und seiner sich ständig vermindernden Schar von Getreuen das Leben. Einer anderen faschistischen Organisation dürfte vielleicht mehr Bedeutung zukommen. Der kommunistische Renegat Doriot hat es verstanden, sich die Gefolgschaft der Arbeitervorstadt Saint Denis zu sichern, obwohl er sich jetzt offen zu faschistischen Zielen bekennt. Auch seine Bewegung bleibt zunächst lokal beschränkt. Außer in Saint Denis besteht nur in Marseille eine starke Ortsgruppe der von ihm gegründeten parti populaire francais, obwohl seine Presse gegenwärtig viel gelesen wird. Auch diese Bewegung dürfte, wenn überhaupt, eine Rolle erst dann spielen, wenn etwa die Massen von der Volksfrontpolitik enttäuscht sein würden.

Die spanischen Ereignisse haben gezeigt, von welcher Bedeutung es ist, aus Armee und Verwaltung die reaktionären und faschistischen Schädlinge zu entfernen. Freilich muß die Regierung darauf Rücksicht nehmen, daß der Disziplinargerichtshof Versetzung oder Entfernung aus dem Amte rückgängig machen kann. Bei der Militärparade des 14. Juli fiel es allgemein auf, daß gewisse Generäle ganz offen nach der Seite hin grüßten, von der die Rufe der Nationalisten kamen. Besonders die Luftwaffe war in den letzten Jahren ein beliebter Tummelplatz für junge Croix de feu-Anhänger. Auch die Kolonialverwaltung und die Kolonialarmee sind von Faschisten und Nationalisten weitgehend zersetzt. Greift die französische Regierung hier nicht durch, so wird sie früher oder später, wenn auch vielleicht in anderer Form, die gleiche Gefahr laufen, wie sie die spanische Regierung nun zu bestehen hat.

Außen- und Wehrpolitik.

Die französische Außenpolitik hat schon 1934 die Annäherung an die Sowjetunion vollzogen. Genau so wie vor dem Weltkrieg die Einkreisung Deutschlands durch das Bündnis Frankreichs mit Rußlands vollzogen wurde, bemühte sich der gleiche Barthou, der 1913 die zweijährige Dienstzeit in Frankreich einführte, um das Zustandekommen eines Bündnisses mit der Sowjetunion, das vor allem vom französischen Generalstab unterstützt wurde. Gewiß gibt es Schichten der französischen Bourgeoisie, die die ideologischen Gefahren des Bolschewismus mehr fürchten als die Tank- und Gasangriffe Hitlers. Weite, und zwar entscheidende Kreise der Bourgeoisie aber hielten schon 1934 das Bündnis mit der SU für den Weg, den Frieden, zu halten und im Kriege Deutschland nicht ungerüstet gegenüber zu stehen. Die Außenpolitik der Volksfrontregierung setzt vor allem die Tradition des Außenministers Flandin fort. Schon nach der Remilitarisierung der Rheinlandzone billigte Léon Blum die Erklärung des damaligen Außenministers, der sich gegen eine neue Demütigung Deutschlands, aber auch für die Sicherung der französischen Wehrkraft aussprach. In der Wehrpolitik der Volksfrontregierung drückt sich dies darin aus, daß gegenwärtig eine Einstellung der Aufrüstung nicht in Frage kommt. Gegen eine Herabsetzung der zweijährigen Dienstzeit auf ein Jahr, die Sozialisten und Kommunisten vor der Regierungsübernahme stets gefordert hatten, wendete sich vor allem der radikalsozialistische Kriegsminister Daladier. Aber auch Sozialisten und Kommunisten treten nicht mehr wie früher für diese Forderung ein. Der

traditionelle Pazifismus des Volkes erklärt sich vor allem durch die wichtige Rolle des französischen Bauern und dadurch, daß die wichtigsten Kriege des letzten Jahrhunderts auf französischem Boden ausgetragen worden sind. Daher ist der Widerstand gegen die zweijährige Dienstpflicht trotz der veränderten Haltung der beiden Parteien fast unverändert groß geblieben.

Ein wirklicher Gegensatz zwischen den Wünschen der Massen und den Handlungen der Regierung ist zum ersten Male in der Frage der Unterstützung der spanischen Volksfrontregierung aufgetaucht. Es dürften auch hier die radikalsozialistischen Minister sein, die sich im Kabinett einer Unterstützung durch Waffenlieferungen widersetzt haben. Wollte nicht die französische Volksfrontregierung Gefahr laufen, selbst zu zerbrechen, so glaubte sie darauf verzichten zu müssen, ihren spanischen Brüdern Hilfe zu bringen. In den Massen aber war der Wunsch, zu helfen, außerordentlich lebendig. Immer wieder erscholl auf den Straßen und in Versammlungen der Ruf nach Waffenlieferungen. Die sozialistischen und kommunistischen Parteiorganisationen scheuen sich nicht, ihre von den Regierungshandlungen abweichende Meinung offen kundzugeben. Die gewerkschaftliche Presse und vor allem der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux gingen sogar zu offenen, außerordentlich scharfen Angriffen auf die Regierung über. Ihre Artikel und Appelle deckten sich am meisten mit den Wünschen und Vorstellungen der Massen.

Die Haltung der Kommunisten.

Die französischen Kommunisten haben sich an der Regierung Blum nicht beteiligt. Als Begründung gaben sie an, ihr Regierungseintritt würde das Kleinbürgertum schrecken. Darum hätten sie sich entschlossen, auf die Beteiligung zu verzichten. Inzwischen sind die Kommunisten (Partei und Jugend) auf über 300.000 Mitglieder angewachsen, während sie im Februar 1934 noch kaum 30.000 Mitglieder im ganzen Lande zählen konnten. Die Sozialisten, die 1934 etwa dreimal so stark wie die Kommunisten waren, dürften jetzt nur die Hälfte so viel Mitglieder zählen wie die kommunistische Partei. Das ist eine Situation, die den Kommunisten die Einheitsorganisation wenig erstrebenswert macht. Auf innenpolitischem Gebiete war die Haltung der Kommunisten bisher fast stets loyal. Freilich sehen sie ihre Rolle darin, ständig die Regierung zur Mäßigung aufzufordern. Als der Vertreter der äußersten sozialistischen Linken erklärte, unter den gegenwärtigen Bedingungen sei alles möglich, erwiderten die Kommunisten sofort gereizt: nicht alles sei möglich. Das Volksfrontprogramm, mit dessen Verwirklichung der sozialistische Minister Faure in 8 Monaten rechnet, sei überhaupt erst in 4 Jahren zu verwirklichen; jede Ueberstürzung würde schädlich sein. Im Zusammenhang mit der Haltung der Regierung in der spanischen Frage griffen die Kommunisten auch zum ersten Male auf innenpolitischem Gebiete an. Dieser Angriff wirkte umso erstaunlicher, als in der gleichen Rede der kommunistische Parteivorsitzende das Lob des »republikanischen« Senats sang; des gleichen Senats, der sich hartnäckig allen wirtschaftlichen Gesetzesvorschlägen der Regierung widersetzte.

In der Außen- und Wehrpolitik hat die kommunistische Partei seit dem berühmten Stalin-Kommuniqué eine Haltung eingenommen, die der Erhaltung eines starken Frankreich als Bündnispartner der Sowjetunion dienen sollte. Immer mehr wurde in der Propaganda der Schutz des Vaterlandes betont, immer deutlicher wird erklärt, daß derjenige, der die

soziale Revolution in Frankreich bei Kriegsausbruch durchzusetzen versuche, ein »Verräter« sei. Darum hat auch die kommunistische Partei deutlicher als die sozialistische auf die Herabsetzung der zweijährigen Dienstzeit verzichtet. Daladier, der von den Kommunisten in den Februartagen noch als »schlimmster Faschist« bezeichnet wurde, wird jetzt in der »Humanité« als »Vater der Armee« wohlwollend zitiert.

Seit mit dem spanischen Aufstand die Kriegsgefahr in Europa und der Welt neu gewachsen ist, suchen die Kommunisten sogar die Volksfront durch eine »französische Front« zu überwinden. Schon früher fanden sich in ihren Publikationen gelegentlich Aeußerungen wie: »es muß gelingen, die Versöhnung der Nation mit sich selbst durchzuführen«. Eine Rede des rechten radikalsozialistischen Ministers Chautemps, der die Erweiterung der Volksfront auf alle Republikaner fordert, löste in der kommunistischen Partei die Propagierung jener französischen Front aus. In ihr sollen alle diejenigen sich vereinigen, die für die Achtung der Gesetze, für die Verteidigung der nationalen Wirtschaft, für die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes gegen äußere Feinde sich zusammenfinden könnten, auch wenn sie die weiterreichenden Ziele des Volksfrontprogramms nicht billigen. Die Kommunisten hoffen, daß diese französische Front eine große Zukunft haben würde. Sie erklären, a priori niemanden von der Einheit ausschließen zu wollen. Wenn diese Idee bekämpft werde, so schrecke sie dies nicht, da auch die Volksfrontidee bekämpft worden sei. Als Paul Reynaud, der nicht nur der Führer der nationalen Opposition, sondern bezeichnenderweise auch der eifrigste Verfechter einer motorisierten Stoßarmee Frankreichs ist und ein offener Anhänger Tardieus, sich für derartige Ideen aussprach, wurden sie von der kommunistischen Presse ausdrücklich anerkannt. Im Zusammenhang damit wurde die Erklärung abgegeben, daß die Kommunisten nicht daran dächten, in Heer und Polizei zu wühlen. Hier bereitete sich die offene Vorbereitung einer »Union« vor, die der »Union Sacrée« in fast allen Punkten gleicht.

Wenn man solche Aeußerungen mit den kommunistischen Ansichten vom Februar 1934 vergleicht, sieht man, welche ungeheure Entwicklung die kommunistische Partei seither durchgemacht hat. Damals forderten die Kommunisten, während die faschistischen Verbände gegen die Linksregierung Daladier manifestierten, die Arbeitermassen auf, gegen die faschistische Regierung Daladier auf die Straße zu gehen. Als die republikanische Polizei mit Waffengewalt gegen die nationalen Verbände vorging, warnten die Kommunisten die Arbeiter davor, den Schutz gegen den Faschismus bei Daladier und Blum zu suchen, deren Faschismus der weitaus gefährlichere sei. Ihre »Schlachtberichte« über die Nacht vom 8. zum 9. Februar 1934 erklärten: »Schließlich gelang es den Regierungsfaschisten, über ihre Komplizen von den »Croix de feu« und der »Action française« den Sieg davon zu tragen. Heute fordern die Kommunisten die Regierung Blum zur Mäßigung auf, nennen Daladier den »Vater der Armee« und suchen nicht nur die Freundschaft der Radikalsozialisten (»deren Geschichte mit Arbeiterblut geschrieben ist«; »Humanité« vom 5. 2. 1934), sondern sogar die der bisher offen reaktionären Kreise. Frossard, der die sozialistische Partei verließ, weil sie ihm nicht gemäßigt genug erschien, der als erster die Volksfrontidee vertrat, weil die Einheitsfrontidee ihm zu beschränkt erschien, lobt auch jetzt die neue Taktik der Kommunisten: »Eine Politik wird nach ihren Resultaten beurteilt«. »Die Politik der Kommunisten

hatte die Linken an die Macht gebracht« . . . »Bedeutet die Formel, die jetzt von ihr vorgeschlagen wird, eine Umschichtung aller Parteien und Gruppen?«

Die Wirkung einer solchen Politik auf die kommunistischen Anhänger und Mitglieder ist unterschiedlich. Stark ist offenbar der Widerstand gegen die neue wehrpolitische Linie, besonders, soweit sie sich einer Herabsetzung der Dienstzeit widersetzt. Die unpolitische Mäßigung jedoch scheint besonders den Massen der neuen Mitglieder durchaus verständlich zu sein. Die älteren Parteimitglieder helfen sich mit der Erklärung: alles sei notwendige Taktik, um das Proletariat nicht von den Mittelklassen zu trennen.

Perspektiven.

Die größten Gefahren drohen der französischen Volksfrontpolitik zweifellos von der wirtschaftlichen Seite. Vor Uebernahme der Regierung befand sich Frankreich, wie wir gesehen haben, noch mitten in der schwersten Wirtschaftskrise. Anzeichen der Belebung waren kaum spürbar. Ob eine Behebung der Krise gelingen kann, wenn den Arbeitern zirka 35 Prozent Lohnerhöhung gewährt wird, sonst aber das kapitalistische Profitstreben nicht angetastet wird, erscheint mehr als zweifelhaft. Die landläufige Kaufkrafttheorie hat sich in der Vergangenheit stets als irrig erwiesen. Der französische Kapitalismus ist bestrebt, die Profite wiederherzustellen. Dies wird ihm nur möglich sein, wenn den Arbeitern das Errungene wieder abgenommen wird. Ob dies auf dem Wege der Preissteigerungen, des Währungsverfalls oder auf anderem Wege geschieht, mag hier unerörtert bleiben. Sicher ist, daß, wenn dem französischen Kapitalismus solche Absichten gelingen, die werktätigen Massen Frankreichs eine Niederlage erleiden, die der Volksfrontpolitik ihren notwendigen Schwung nehmen muß. Behaupten die Arbeiter das Errungene, so zeigt schon die jetzige Entwicklung, wie gefährlich dies gerade für die wichtigen Mittel- und Kleinbürgerschichten sein kann. Sie würden erheblich geschädigt werden und damit aus einer wichtigen Stütze der Volksfrontpolitik vielleicht zu einem Gegner werden. Trotzdem ist ein Ausweg aus diesen Schwierigkeiten möglich. Ein Ausweg freilich, der über den Angriff auf das Großkapital zur teilweisen Verstaatlichung führen muß. So würde es möglich sein, der Arbeiterklasse das Errungene zu sichern, die Mittelklassen vor dem Ruin zu bewahren, einen Ausweg aus der Agrarkrise zu finden. Dann blieben der Volksfront die Massensympathien erhalten, dann wird auch die Reaktion es nicht wagen können, zum Angriff überzugehen.

Sicher ist, daß die reaktionären und halbfaschistischen Kräfte des Landes die Gefahr, die ihnen droht, wohl erkennen und alle Kräfte konzentrieren, um die Durchsetzung der notwendigen Maßnahmen zu verhindern. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß im Laufe dieser Auseinandersetzungen auch die reaktionären Kräfte in Verwaltung und Armee sich stärker hervorwagen werden als bis jetzt. Bleibt aber die Volksfront das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und dem »tiers état«, was sie sein soll, so wird es unmöglich sein, sich zu widersetzen. Hier hängt alles von der Haltung der Radikalsozialisten ab. Sicher ist, daß es bei einer solchen Politik nicht ständig möglich sein wird, auf den rechten Flügel der Radikalsozialisten insbesondere auf den Senat Rücksicht zu nehmen. Ebenso sicher aber ist, daß die Radikalsozialisten wegen ihren kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Mitgliedermassen es nicht wagen können, sich offen solchen Zielen zu widersetzen. Sie werden

dies umso weniger tun können, wenn hinter der Regierung eine geschlossene Front des Proletariats steht, die, ohne sich von den Mittelklassen zu trennen, auf die Erfüllung der notwendigen Aufgaben drängt. Die jüngste Entwicklung der Kommunistischen Partei läßt es nicht zweifelhaft erscheinen, daß die Kommunisten geneigt sind, im Interesse der Aufrechterhaltung einer Einheit des »französischen Volkes« alle eigenen innen- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte zurückzustellen. Es wurden sogar Vermutungen laut, als würde eine erweiterte Regierung etwa unter dem Vorsitz Herriots die aktive Unterstützung der Kommunisten finden. Daß dies das Ende der Volksfront wäre, ist zweifellos. Die sozialistische Partei, mag sie auch klein sein, hat in den kommenden Auseinandersetzungen eine bedeutende Rolle zu spielen. Immun gegen den Gedanken einer »Union sacrée«, gestützt auf einen jahrelang geschulten Mitgliederbestand, kann sie das notwendige Gegengewicht einer allzu opportunistischen Politik der Kommunisten bilden. Charakteristisch für die gegenwärtige Entwicklung Frankreichs ist die außerordentliche Vielzahl von kleinen antifaschistischen Organisationen, in denen oft die aktivsten Elemente des Proletariats und des Kleinbürgertums vereinigt sind. Hier ist der Gedanke einer notwendigen Auseinandersetzung mit dem Großkapital besonders lebhaft.

Die wirkliche Klassenorganisation des französischen Proletariats aber ist die Gewerkschaftsbewegung, die heute mit zirka 4,3 Millionen die stärkste Organisation darstellt, die das französische Proletariat überhaupt je gehabt hat. In den Verbänden der in der Privatindustrie beschäftigten Arbeiter hat sich die Mitgliederzahl teilweise verzehnfacht. Noch hat die französische Gewerkschaftsbewegung nicht neue Formen gewonnen. Sicher ist, daß sie sich ihre traditionelle Selbständigkeit von den politischen Parteien bewahren wird. Das aber schließt nicht aus, daß die Gewerkschaftsbewegung mehr als je den Interessen der Mitgliedermassen organisierten Ausdruck verleihen kann und verleiht. Wie bedeutsam die spontane Kraft der werktätigen Massen in Frankreich ist, haben gerade die Wochen der Streikbewegung gezeigt. Diese Kraft ist noch völlig ungebrochen und wird von den Klassenorganisationen des Proletariats überall dort eingesetzt werden können, wo es nötig ist.

Die gesamte Entwicklung der Volksfront Frankreichs aber wird entscheidend von den kommenden weltpolitischen Auseinandersetzungen sowie der Entscheidung, die in Spanien fallen wird, bestimmt werden. Siegt die Volksfront in Spanien, läßt die außenpolitische Zuspitzung noch einmal nach, so sind auch die Bedingungen für die Durchsetzung einer wirklichen Volksfrontpolitik in Frankreich günstig.

Integraler Sozialismus

Von **Paul Hagen.**

»Seit dem Weltkrieg ist der internationale Sozialismus in zwei einander feindliche Lager gespalten. Revolutionärer und reformistischer Sozialismus stehen einander todfeind gegenüber. In beiden Lagern sind die gegensätzlichen Auffassungen dogmatisch erstarrt. Aber die erschütternden Ereignisse der letzten Jahre, die Weltwirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt und die gewaltige Entwicklung der Wirtschaft der Sowjetunion, die Siege des Faschismus in Mitteleuropa und die Kriegsgefahr — haben da und dort 1½ Jahrzehnte lang starr festgehaltene Grundsätze erschüttert. Auf Grund neuer Erfahrungen der Arbeiterklasse

der Welt müssen die Grundsätze, die der reformistische und revolutionäre Sozialismus einander entgegengestellt haben, von neuem überprüft werden.«

(Otto Bauer: »Zwischen zwei Weltkriegen«, Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Eugen-Prager-Verlag 1936, Preis Kč 32.—, 355 Seiten.)

Otto Bauers neues Buch ist vor einigen Monaten erschienen. Die Erfolge der französischen Volksfront, der französischen Massenstreiks, die große Bewährungsprobe der spanischen Volksfront in der Auseinandersetzung mit dem Militäraufstand sind jüngeren Datums. Das Otto Bauersche Buch ist jedoch eine theoretische Vorwegnahme jener neuen Politik der europäischen Arbeiterklasse, wie sie zum ersten Male in Frankreich und Spanien sichtbar wird. Otto Bauer überprüft die Grundlagen der neuen gesellschaftlichen Gesamtentwicklung, er untersucht die heutige Form der Krise der kapitalistischen Wirtschaft, der Krise der bürgerlichen Demokratie und des Sozialismus und entwickelt Elemente einer neuen Konzeption der Arbeiterbewegung, die er die Konzeption des integralen Sozialismus nennt.

Das Buch ist nach den erschütternden Ereignissen der letzten Jahrzehnte entstanden. Die Absicht, ein grundlegendes Werk über die Entwicklung des Kapitalismus und des Sozialismus nach dem Weltkrieg zu schreiben, dessen erster Band »Rationalisierung und Fehlrationalisierung« 1931 erschien, wurde durch die Vernichtung der österreichischen Sozialdemokratie nach dem heroischen Februaraufstand unmöglich gemacht. In den Februarkämpfen ging auch ein umfangreiches Manuskript, »fünfzehn dicke Hefte mit Exzerpten und Entwürfen, das Produkt der Arbeit vieler Jahre«, verloren. Nur ein Teil des Manuskripts, die Vorarbeit über die bisher größte kapitalistische Wirtschaftskrise, wurde gerettet. Aber wichtiger als diese Vorarbeiten waren seither neue Erfahrungen. Aus den geretteten Vorarbeiten und diesen Erfahrungen der Entwicklung seither ist dann in der Emigration das Buch »zwischen zwei Weltkriegen« entstanden.

Otto Bauer unterstreicht, daß die Erfahrungen der letzten Jahre entscheidend zu einer Weiterentwicklung seiner Konzeption beigetragen haben. Zwei Grundtatsachen waren es vor allem, die neue Erkenntnisse vermittelten: »der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion ist vollkommener als ich im Jahre 1932 erwartet habe, gelungen. Die Demokratie ist in Mitteleuropa dem Faschismus erlegen. Wir müßten blind sein für weltgeschichtliche Tatsachen, wenn diese beiden großen Erlebnisse unsere Ansichten über den Weg zum Sozialismus nicht beeinflußten«. Es ist heute nicht mehr möglich, an Fehlurteilen festzuhalten, die in der ersten Nachkriegsepoche begreiflich und verständlich waren. Heute nach den ersten Anfangserfolgen einer neuen Politik der europäischen Arbeiterklasse im Westen Europas, die einer besseren Anpassung an die heutigen Kampfbedingungen entspricht, wird wenige Monate nach dem Erscheinen des Otto Bauerschen Buches die Konzeption des integralen Sozialismus, die das Buch entwickelt, auf noch größeres Verständnis und größere Aufnahmebereitschaft stoßen.

Unseres Erachtens sind die entscheidenden fortschrittlichen Erkenntnisse des Buches die folgenden:

1. »Zwischen zwei Weltkriegen« entwickelt die bisher geschlossenste Kritik der bürgerlichen Demokratie. Diese Kritik knüpft an die Marxschen Auffassungen über die bürgerliche Demokratie an. Marx hat die Kritik der bürgerlichen Demokratie bei ihrem ersten Auftauchen in Europa gegeben. Er stellt ihren umfassenden Widerspruch

fest, der darin besteht, daß die Demokratie den Klassen, deren Knechtschaft verewigt werden soll, durch die Verfassung politische Macht verleiht, und daß sie den Klassen, deren gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, die politischen Garantien dieser Macht entzieht. Otto Bauers Kritik der bürgerlichen Demokratie — historisch gesprochen in deren Endphase — die reife Darstellung der Erscheinungen ihres Grundwiderspruches in der Geschichte der letzten hundert Jahre, insbesondere in der des letzten Jahrzehnts, in dem der Grundwiderspruch zur Sprengung der bürgerlichen Demokratie in den entscheidenden Ländern wie Deutschland geführt hat, ist einzureihen in die klassischen Werke des Marxismus. Scheinbar an der Problemstellung von 1918 orientiert, in Wirklichkeit aber Probleme unseres Zeitabschnittes lösend, hat hier Otto Bauer auch das Vorwort jeder kommenden Entwicklung geschrieben. Diese Kapitel seines Buches verdienen, das Lehrbuch der kommenden neuen Bewegung zu werden. Die dogmatischen Einseitigkeiten der beiden historischen Richtungen der letzten Spaltungsperiode werden überwunden. Die liberal-reformistischen Vorstellungen sahen zwar das Recht der freien Meinungsäußerung, erkennen aber nicht die gesellschaftlichen Schranken der freien Meinungsbildung. Die dogmatisch sektiererischen Vorstellungen auf der anderen Seite verbinden dagegen mit einer prinzipiell richtigen Kritik des Klassencharakters und der Klassenschranken der bürgerlichen Demokratie eine zu geringe Einschätzung der demokratischen Freiheiten für den proletarischen Befreiungskampf, die sie gewährt. Die Neueinschätzung der bürgerlichen Demokratie kehrt so zurück zu den Grundeinsichten der sozialistischen Bewegung im klassischen Marxismus ihrer Gründer. Der Volksfrontpraxis wichtiger Teil der europäischen Arbeiterklasse liegt praktisch eine ähnliche Einschätzung der bürgerlichen Demokratie zugrunde, — aber die kritisch-theoretische Fundierung dieser Politik hat Otto Bauer gegeben.

2. Die zweite neue Erkenntnis des Buches ist ebenfalls einer Rückkehr zur Methode und zu den Traditionen des Marxismus zu verdanken. Die Erklärung des gegensätzlichen Verlaufes der letzten großen Revolution aus Verdienst und Schuld der handelnden Parteien war »die ständig fließende Quelle des Zwiespalts und der Zwietracht innerhalb des Proletariats.« Aber nicht in »zufälligen Bestrebungen und Talenten, Fehlern, Irrtümern oder Verrätereien einzelner Führer — sondern in dem allgemein gesellschaftlichen Zustand und den Lebensbedingungen jeder von der Erschütterung betroffenen Nation« (Engels) ist die wirkliche Erklärung des Geschichtsverlaufes zu erweisen. Otto Bauer untersucht die Triebkräfte der letzten großen Revolutionen, die der russischen und der deutschen Revolution, und gelangt dabei zur Rekonstruktion der Marxschen Auffassung von der Abhängigkeit des Revolutionsprozesses vom Kriege, der der Gesamtbewegung verloren gegangen war. Es erinnert daran, daß Volksrevolutionen seit 1789 in Europa immer nur im Gefolge großer Kriegsniederlagen möglich waren. Diese Kapitel mögen in der Erklärung des einen oder anderen Abschnittes Widerspruch erwecken, der Grundthese des Buches wird die kommende Bewegung zustimmen müssen. Liefern die Kapitel über die bürgerliche Demokratie vor allem die Kritik reformistischer Auffassungen großer Teile der westeuropäischen Arbeiterbewegung, so liefern die Abschnitte, die die Verschiedenartigkeit des Weges der letztvergangenen Revolutionen aus der Verschiedenartigkeit der Triebkräfte behandeln, die Kritik der idealistischen Geschichtsauffassung,

wie sie von der Komintern in den letzten zwei Jahrzehnten vertreten worden ist.

3. Damit gelangt Otto Bauer auch zu einer neuen Bestimmung des Verhältnisses des revolutionären Marxismus zur Gesamtbewegung. »Dieses Verhältnis zwischen reformistischer Klassenbewegung und dem zielbewußten Sozialismus ist das Ziel, um den jedes Ringen eines integralen, internationalen Sozialismus ausgehen muß«. Die Ueberwindung der immer wieder entstehenden Spannungen zwischen reformistischen Massen und zielbewußten Sozialisten ist »die geschichtliche Funktion des Marxismus«. Den Problemen der neuen Bestimmung dieses Verhältnisses ist vor allem der dritte Abschnitt des Buches, der die »Krise des Sozialismus« behandelt, gewidmet. Es sucht die dogmatische Erstarrung der Gegensätze des revolutionären Sozialismus historisch zu begreifen, enthält eine Skizze der modernen Arbeiterbewegung, die in knapper Fassung zugleich ein wichtiger Beitrag zur kritischen Geschichte ihrer Ideologie ist. Die Darstellung der Entwicklung der beiden Internationalen bis zur Gegenwart und ein internationales Aktionsprogramm schließen das Buch ab.

Wo die geschichtliche Entwicklung selbst begonnen hat aufzulockern, doktrinäre Starrheiten der einen wie der anderen Seite abzuschleifen, die Erstarrungen aufzulösen, wird das Otto Bauersche Buch erfolgreich zur Entstehung eines integralen Sozialismus beitragen. Otto Bauers spezifische Stärke liegt darin, kritisch zu sehen, die Schwierigkeiten des Prozesses zu beachten und zu erkennen, daß neu auftauchende Widersprüche in der heute beginnenden Annäherung sie erschweren. So z. B. kann die starke Differenzierung innerhalb der SAI in dieser Phase einer beginnenden Ueberbrückung der Elemente der vergangenen Spaltung nur überwunden werden, wenn es gelingt, »die gegensätzlichen Ideologien des demokratischen Sozialismus und des Bolschewismus in einer höheren Einheit aufzuheben«. Dieser dringenden ideologischen Aufgabe ist das Buch in seiner heutigen Form gewidmet. Es selbst will keine »fix und fertige Ideologie liefern«, aber es ist erfüllt von der richtunggebenden Aufgabe, die Otto Bauer mit den bescheidenen Worten umschreibt: Das Buch wolle zeigen, »wie einer, dessen theoretisches Denken noch in der Vorkriegszeit, in der Schule Marxens und Engels, dessen politisches Wollen und Handeln noch in der Vorkriegszeit in der Schule Victor Adlers geschult worden ist, mit den Denkmitteln und mit den Wertungen, die er der Vorkriegszeit verdankt, die neuen Tatsachen unserer Zeit, ihre ökonomischen Erschütterungen, ihre politischen Umwälzungen, ihr sozialistisches Werk zu begreifen sucht«. Die Herstellung einer neuen Einheit ist vor allem die Aufgabe, »jenes Mindestmaß gemeinsamer theoretischer Erkenntnisse und gemeinsamer Strategie zu entwickeln, die allein die in 15jährigem Kampfe entwickelten Gegensätze zu überwinden und dadurch eine dauerhafte und handlungsfähige Einheitsfront erst möglich machen kann«. Das Otto Bauersche Buch, der erste Versuch einer zusammenfassenden marxistischen Behandlung der Grundfragen der Epoche — das Buch eines ihrer politischen und theoretischen Führer der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in der ersten Nachkriegsepoche —, das Buch voller ehrlicher Selbstkritik und voll Verständnis für die neue Bewegung, kann zu einem Werk von umwälzender Bedeutung für die theoretische Orientierung der fortschrittlichen Teile der Gesamtbewegung in der kommenden Epoche werden, die die Epoche der Wiedervereinigung sein wird.

*

Gemessen an diesen Aufgaben ergeben sich auch zugleich die kritischen Gesichtspunkte zur Beurteilung des Buches für die neue Bewegung. Es hätte kein anderer wie Otto Bauer unter den heute lebenden Marxisten das Erbe des demokratischen Sozialismus übermitteln und Voraussetzungen für die Lösung der neuen Aufgabe liefern können. Dennoch wird durch das Buch, das eine Reihe grundlegender Probleme abschließend klärt, erst recht eine Reihe neuer Probleme gestellt, deren Beantwortung unseres Erachtens in »Zwischen zwei Weltkriegen« noch nicht erfolgt ist. Bestimmte Probleme der neuesten Entwicklung sind in dem vorliegenden Werk noch nicht einmal als Probleme genügend erfaßt. Wo zu ihnen Stellung genommen wird, ist zwar teilweise ein Schritt über Beschränktheiten etwa des Bolschewismus hinaus getan, teilweise bleiben die Lösungen jedoch einen Schritt hinter Erkenntnissen zurück, die in der russischen Diskussion bereits gefunden waren. Die Bedeutung der zentralistischen Faktoren, im Aufmarsch der reaktionären wie der fortschrittlichen Kräfte der Epoche, scheint uns ungenügend gesehen und teilweise falsch bewertet. Die Bauersche Faschismustheorie beispielsweise zeichnet sich zwar dadurch aus, daß sie heute häufigen Vorstellungen von der Allmacht der faschistischen Parteien eine gründliche Untersuchung der Triebkräfte des Faschismus entgegenstellt, und den Faschismus als den Exponenten des Zusammentreffens bestimmter gesellschaftlicher Faktoren in einer ganz bestimmten Situation zu verstehen sucht. Dabei ist aber die zusätzliche Triebkraft, die die faschistische Parteientwicklung selbst für die reaktionäre faschistische Lösung bedeutet, unterbewertet. Otto Bauer sucht den Faschismus stärker als Bewegung denn als organisierte Bewegung zu verstehen. Eine konkrete Problematik der antifaschistischen Revolution, wie sie für die illegalen antifaschistischen Länder heute so entscheidend ist, wird durch eine Unterschätzung der Bedeutung der faschistischen Organisationsbildung sehr erschwert.

Die gleiche Unterschätzung der Rolle der Organisationsfaktoren scheint uns in dem vorliegenden Buche, bei der Beurteilung der geschichtlich fortschrittlichen Kräfte und ihrer Chancen gegeben. Es ist fortschrittlich, der Organisationsmystik und dem Glauben an die Allmacht der Partei und Organisation, die niemals die Triebkraft ersetzen können, mit deren Hilfe sie ihre historischen Erfolge erreichen konnten — die Bedeutung dieser Triebkräfte entgegenzuhalten. Aber es ist ein Schritt hinter leninische Beurteilung der »Organisationsfragen« zurück, wenn die zusätzliche Triebkraft, die dadurch entsteht, daß eine erfolgreich angepaßte Parteientwicklung gelungen ist, nicht entsprechend ihrem Gewicht als progressiver Faktor eingesetzt ist. Dies scheint uns insbesondere beim Vergleich der deutschen und der russischen Entwicklung der Fall. So sehr richtig es ist, die internationale Politik der Bolschewiki zu kritisieren, in der immer wieder der illusionäre Versuch wirksam wurde, nicht vorhandene Triebkräfte durch Organisationsgründung zu ersetzen, so sehr wichtig ist es aber heute zugleich, das positive Erbe der Bolschewiki zu erkennen, das darin liegt, daß sie als erste unter den modernen Arbeiterparteien durch eine überlegene Strategie, durch eine besondere Qualifikation und durch eine geeignete Praxis ihrer Organisation eine gegebene historische Situation auszunutzen verstanden.

Otto Bauer stellt die Unvermeidbarkeit einer vorübergehenden revolutionären Diktatur dar, als Richtlinie einer allgemein gültigen Strategie

des Weges zur Macht. Er bezweifelt jedoch die allgemeine Gültigkeit der in Rußland zwangsläufig dabei herausgebildeten Parteiform der Diktatur. Wer die zentralistischen Faktoren der modernen Gesellschaftsentwicklung jedoch richtig nach ihrem Gewicht einschätzt, der wird auch in Ländern, wo keinesfalls das »russische« Schema paßt, dennoch für den Weg zur Macht die Verselbständigungsphase von fortschrittlichen Teilen der Arbeiterklasse für ein unvermeidliches Stück der Entwicklung zum Siege halten, und gerade darauf hat nach den Lehren des letzten Geschichtsabschnittes die Arbeiterbewegung sich vorzubereiten. Und gerade darin liegt die entscheidende Bedeutung ihrer wichtigsten Aufgabe, zu einer größeren Konzentration der Gesamtbewegung, zu einer Ueberwindung der Spaltung, zur Herausbildung einer einheitlichen Organisation zu kommen — kurz die Aufgabe des »integralen Sozialismus«, da nur mit dieser Vereinheitlichung am revolutionären Pol der Gesellschaft die Arbeiterklasse zugleich die Führungsqualität im Kampf, heute um die Verteidigung der demokratischen Freiheiten, morgen um den Sturz der faschistischen Regime und der Errichtung sozialistischer Gesellschaften erreicht.

Otto Bauer erwartet von der Spontanität der Entwicklung mehr als unter den heutigen Organisationsverhältnissen der Gesellschaft wirklich erwartet werden kann. Er bewertet unseres Erachtens ungenügend die großen historischen Lehren der jüngsten Vergangenheit, in der als geschichtsgestaltende Kräfte die bolschewistische und die beiden faschistischen Parteidiktaturen aufgetreten sind, und in der sie die Initiative in der Entwicklung übernommen haben. Es ist dies kein Zufall, sondern die Folge jener Aenderungen der ökonomischen und politischen Struktur der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, in der sich heute der Klassenkampf abspielt. Otto Bauer hat der Parallelität der ökonomischen und sozialen und politischen Entwicklung der Welt das am besten dokumentierte Einleitungskapitel seines Buches über die Krise gewidmet. Otto Bauer hat diese Parallelität erkannt und aufs neue herausgearbeitet im Problem der Abhängigkeit des Geschichtsprozesses von der gewaltigsten organisierenden (und zerstörenden) Kraft der modernen Gesellschaft, ihrer Abhängigkeit vom Kriege. Otto Bauer hat aus den Erfahrungen der Wirklichkeit die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Uebergangsdiktatur erläutert. Aus Otto Bauers Einsichten ergibt sich erst recht, daß zu einer Uebergangsdiktatur auch unvermeidlich die Phase der vorübergehenden Verselbständigung der führenden Klassenorganisation gehört. Und daraus ergibt sich weiter: daß von entscheidender Bedeutung für Sieg oder Niederlage des Sozialismus in unserer Epoche alle diejenigen Fragen der Vorbereitung, der Entwicklung, der Herstellung der Kontuinität und der Qualifikation einer solchen geschichtsbewußten Organisation sein werden, die die größtmöglichste reale Anpassung des zielbewußten Teils der Arbeiterklasse an jene historischen Bedingungen ermöglicht, die in Otto Bauers Buch so anschaulich geschildert und analysiert werden.

An unsere Leser.

Unvorhergesehene Schwierigkeiten haben die Herstellung des Juli-Heftes verzögert. Wir bitten das zu entschuldigen und Kenntnis zu nehmen, daß dieses Heft als Doppelheft Juli/August erscheint. *REDAKTION UND VERLAG*

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.